

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 8.	Erscheint alle Sonnabende. Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17. Fernspr. III, 8622.	Hamburg, Sonnabend, 19. Februar 1910.	Anzeigen kosten die viergespaltene Beil- zeile oder deren Raum 40 Pfennig (bei Betrag ist stets vorher einzufenden). Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.	24. Jahrg.
--------	---	--	--	------------

Zur außerordentlichen Generalversammlung in Dresden.

Noch ist kein Jahr verfloßen, daß zum erstenmal auf einer Generalversammlung unseres Verbandes in breiterem Rahmen die Tariffrage und die Stellungnahme zu einem Reichstarife behandelt wurde und wiederum rüsten sich die Vertreter unserer Organisation zu der außerordentlichen Generalversammlung, die morgen in Dresden zusammentritt. Nur ein Punkt steht zur Tagesordnung: Die abgeschlossenen Tarifverhandlungen und die Durchführung des Reichstarifvertrages; aber die Beratung dieser wichtigen Frage wird von großer Tragweite sein, denn die endgültige Entscheidung darüber bedeutet ein Programm der künftigen Verbandstätigkeit, ist für die fernere Entwicklung und Gestaltung unseres Verbandes ein bedeutender Wendepunkt.

Die prinzipielle Stellungnahme unseres Verbandes zur Tariffrage ist schon durch die Kölner Generalversammlung klar zum Ausdruck gebracht worden. In der zur Annahme gelangten Resolution heißt es: „Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands erachtet wie bisher den Abschluß von Tarifverträgen als ein aus den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sich notwendig ergebendes Mittel zum Zweck der Verbesserung und Sicherstellung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses sowie der Anerkennung, Stärkung und Befestigung des Verbandes. Diese grundsätzliche Stellung der Generalversammlung zu den Tarifverträgen bedarf einer Klärung auch dann nicht, wenn sich die örtlichen Tarifverträge zu einem einheitlichen Tarifverträge über größere Landesteile und Bezirke oder später auf das ganze Reich ausdehnen.“ Diesen und den weiteren in der Resolution festgelegten Richtlinien gemäß, denen sich übrigens auch späterhin nach der Verlesung über die Beschlüsse der 12. Generalversammlung die Filiale Hamburg anschloß, wurde die umfassende große Tarifbewegung, die im Januar zum Abschluß des Reichstarifvertrages führte, eingeleitet und beendet.

Noch ist die strikte Durchführung der Bestimmungen des Reichstarifvertrages nicht allgemein zu verzeichnen, es bleibt in dieser Beziehung noch sehr, sehr viel in den einzelnen Filialen zu tun übrig, doch wird über die eigentliche Wertschätzung und die tiefgreifende Wirkung eines solchen Werkes von unserer Kollegenschaft erst in kommenden Tagen eine sachgemäße und gerechte Beurteilung erfolgen können. Die praktischen Erfahrungen werden entscheidend sein, denn trotz unseres öfteren Hinweises daß die Einführung eines Generaltarifs nur noch eine Frage der Zeit ist, nachdem die Tarifbewegung in unserm Gewerbe so weit vorgeschritten war, kommt der nun zur Tatsache gewordene Abschluß vielen Kollegen immer noch überraschend.

Daß die wirtschaftlichen Kämpfe mit dem Hervortreten der Arbeitgeberverbände in den letzten Jahren unter ganz anderen Voraussetzungen und Vorbedingungen geführt werden müssen, darüber wurde an dieser Stelle den Kollegen kein Zweifel gelassen. Die Situation in unserm Gewerbe ist dadurch eine vollständig andere geworden und der Abschluß des Normaltarifs im Jahre 1908 konnte daher den Kollegen, die seit 1906 die Vorgänge in den Lohnkämpfen aufmerksam verfolgt hatten, nicht mehr überraschend kommen. Die nach den letzten Tarifverhandlungen wieder in verschiedenen Orten hervorgetretene Unzufriedenheit ist jedoch ein Beweis dafür, welche Unklarheit noch in weiten Kreisen unserer Kollegenschaft in bezug auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik vorhanden ist. Hier gilt es in erster Linie einzugreifen. Solange noch ein großer Teil unserer Mitglieder über das Wesen und die Bedeutung des Tarifvertrages und seine Weiterentwicklung nicht hinreichend aufgeklärt ist, wird auch die richtige Erkenntnis von der Notwendigkeit der veränderten taktischen Maßnahmen bei Lohnbewegungen fehlen. Diese Kollegen erkennen nicht, welche

verschiedenen Faktoren bei Tarifverhandlungen in Wirksamkeit treten und wohl beachtet werden müssen. Es bleibt dann nicht aus, wie wir es bei unserer verfloßenen Tarifbewegung zu konstatieren haben, daß solche Kollegen mit vorgefaßten Meinungen in die Versammlungen kommen und in den führenden Kollegen die Sündenböcke erblicken, weil das Ergebnis der Verhandlungen nicht den aufgestellten Forderungen und Wünschen entspricht. Allgemein Klarheit zu schaffen ist deshalb die wichtigste Aufgabe der Generalversammlung. Aus diesem Grunde wird die Frage der Tarifbewegung in unserm Gewerbe überhaupt aufzurollen sehr und auf breiter Grundlage behandelt werden müssen. In großen, klaren Zügen, in logischer Folgerung das Gesamtbild der Situation mit all seinen Begleit- und Folgeerscheinungen noch einmal umfassend dargestellt, wird es nicht ausbleiben, daß die Generalversammlung von der Macht der Tatsachen überzeugt, sich auch demgemäß entscheiden wird.

Aber auch die Masse der Kollegenschaft wird damit erkennen, daß die Tarifpolitik unseres Verbandes unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders sein konnte, daß es sogar als ein Erfolg für die Organisation zu bezeichnen ist, unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen für die Gesamtheit unserer Kollegenschaft Verbesserungen durchzuholen. Gewiß sind die so berechtigten Ansprüche der Mitglieder durch die Schiedssprüche in keiner Weise zufriedengestellt worden, ja es mußten infolge der zentralen Regelung in der einen und andern Filiale sogar Verschlechterungen mit in den Kauf genommen werden, ob aber zurzeit durch einen gewaltigen Kampf, nachdem die Unternehmer prinzipiell jede Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung ablehnten, ja das gesamte Gewerbe in der gegenwärtigen Bewegung die gleiche Ablehnungstaktik in verschärfter Weise befolgt, mehr herauszuholen war, diese Frage zu beantworten wird den denkenden Kollegen nicht schwer fallen.

Innerhalb einer Organisation werden sich nach jedem wichtigen Ereignis, nach jedem Kampf oder einer großen Bewegung Stimmen erheben, die mit dem gezeitigten Resultat nicht zufrieden sind und die eingeschlagene Taktik als richtig oder falsch beurteilen. Und das ist gut so, wenn bei jeder einsehenden Kritik Einseitigkeit und Voreingenommenheit vermieden werden. Niemand vergibt sich etwas, wenn er Vernunftgründen gegenüber seine vorgefaßte Meinung revidiert, von Irrtümern und Fehlern ist ja niemand frei. Wo sachlich geprüft und sachlich geurteilt wird, da kann es nicht ausbleiben, daß die gefaßten Beschlüsse auch wirklich dem allgemeinen Verständnis der Kollegenschaft entsprechen.

Zur Frage des „demokratischen Prinzips“, die in einer Reihe von Versammlungen eine gewichtige Rolle spielte, wird ebenfalls Stellung genommen werden müssen. Es muß unbedingt entschieden werden, ob das noch als Demokratie bezeichnet werden kann, wenn eine oder mehrere Filialen als Minderheit das Recht haben sollen, Beschlüsse zu fassen, die unter Umständen für das Gesamtwohl der Organisation von schwerer Schädigung sein können. „Wer heute Bersplitterungstendenzen in die Arbeiterbewegung hineinträgt, wer starren aus persönlichen Motiven die Eintracht und Einigkeit bekämpft, der macht sich eines Verbrechens an der Arbeiterklasse und an deren Klasseninteressen schuldig. Das muß diesen Elementen zum Bewußtsein gebracht werden.“ Diesen zutreffenden Worten des „Hamb. Echo“, als es auf die Notwendigkeit der Zentralorganisation der Arbeiter hinwies, wird sich auch die Generalversammlung anschließen und zum Beschlusse erheben: den Interessen der Gesamtheit haben sich der einzelne und die Minderheiten unterzuordnen.

Alle wichtigen Momente sind von den Vertretern in den Vordergrund zu heben, um diese Generalversammlung, dem bedeutungsvollen Beratungs-

punkt entsprechend, zu einer wirkungsvollen zu gestalten. Klar und deutlich muß der Wille unserer Gesamtorganisation sich kund tun und nach möglichster Einheit bei den Beschlüssen gestrebt werden. Daher wäre es verfehlt, mit vorgefaßter Meinung zur Generalversammlung zu kommen. Nicht durch persönliche Rücksichten werden sich die Delegierten leiten lassen, sondern sich ihrer Pflicht bewußt nur die sachlichen Gründe prüfen und darnach ihr Urteil abgeben. Wir alle wünschen, daß unser Verband sobald wie möglich gut ausgebaut und gestärkt wird, deshalb sind wir auch der festen Überzeugung, daß die Generalversammlung zum Ausdruck bringt, daß die Vertreter bei den Tarifverhandlungen nach Kräften im Interesse des Verbandes gehandelt haben. Das Wünschen allein kann uns aber nichts helfen, wir haben mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und den vielseitigen Schwierigkeiten, die sich uns auf dem Wege nach vorwärts entgegenstellen. Jegliche Verbesserung im Lohn- und Arbeitsverhältnis mußte erst erkämpft werden, die tarifliche Festlegung war dann nur die logische Folge. Die ganze Entwicklung unseres Verbandes ist der sprechendste Beweis dafür. Die Arbeitgeber unseres Gewerbes mußten erst durch das Erstarken unseres Verbandes, durch steten Kampf dazu erzogen werden, daß unsere Kollegen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als gleichberechtigte Kontrahenten auftreten und auch ein Wort mitzureden haben. Bei allen Tarifverhandlungen kann nur eine gut disziplinierte und gerüstete Organisation von Bedeutung sein, das kann den Kollegen nicht oft genug zugeufen werden. Nicht auf die vereinbarten Tarifbestimmungen an sich kommt es an, um den Mitgliedern eine Besserung ihrer Lebenshaltung zu gewährleisten, sondern einzig und allein auf die Stärke ihrer Organisation, da diese es ist, die die Verträge sichert, ihre Durchführung und Einhaltung garantiert. Auf die schönsten Tarifverträge pfeifen die Unternehmer, wenn unsere Kollegen in den einzelnen Orten keine stamme Organisation hinter sich haben, oder wenn Uneinigkeit und Zerfahrenheit in den eignen Kreisen herrscht.

Die außerordentliche Generalversammlung tagt in derselben Stadt, in der vor 26 Jahren die Gründung unseres Verbandes von einer kleinen Anzahl Kollegen beschlossen wurde. Wenn wir heute der Gründer unseres Verbandes, der vielen Kämpfer und Opfer gedenkend, auf die verfloßenen Jahre zurückblicken, und uns vergegenwärtigen, auf wie schwachen Füßen, wie haltlos damals unsere Organisation errichtet war, wie ihr jede finanzielle Grundlage fehlte, dann können wir uns mit gutem Gewissen sagen, daß wir während dieser Jahre tüchtig gearbeitet haben und mit frohem Mute auf ihre Entwicklung zurückblicken können. Die Einführung des Reichstarifvertrages nach dem Ablauf einer so kampfreichen Entwicklungsperiode bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt. Nicht dahin, daß wir vielleicht sorglos der Zukunft entgegensehen könnten. Die Kollegen in all den Orten, wo bisher Tarife abgeschlossen wurden, wissen zu genau, welcher Unsicherheit und Wachsamkeit es allgemein bedurfte, das einmal Errungene auch aufrecht zu erhalten, um dann auf dieser Basis wieder weitere Verbesserungen aufrichten zu können. Nichts wäre falscher, als „uns mit der Tatsache des Tarifabschlusses befriedigt erklären, unsere Waffen ruhen lassen. Die Tarifverträge sind keine Friedensdokumente, sie sind bestenfalls Waffenstillstandsurkunden“. Unsere Organisation wird demnach auch für die Zukunft ihre alten bewährten Prinzipien hochhalten und nach wie vor in dem Bestreben und Ringen für das allgemeine Wohl, für die Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Lage unserer Mitglieder ihre Hauptaufgabe erblicken.

Somit begrüßen wir die Generalversammlung, möge ihre Arbeit eine befruchtende sein!

Willkommen in Dresden.

Vor Jahresfrist, am Beginn unserer Reichstagsbewegung, versammelten sich die Erwählten unserer stollegenchaft an den Ufern des Rheins, in dem alten heiligen St. Lu; in den nächsten Tagen treten sie zusammen an den Ufern der Elbe, in dem an herrlichen Bauwerken, hervorragenden Kunstschätzen und landschaftlichen Reizen so reichen Dresden, an derselben Stelle, an der vor 25 Jahren — nach dem ersten Schrecken des Sozialistengefeges — unser Verband gegründet wurde.

Freigebig hat Allmutter Natur Schönheiten und nützliche Gaben über das Talbett ausgestreut, das eingeschlossen wird von den Ausläufern des Lausitzer Granitgebirges, des sächsisch-böhmischen Sandsteingebirges (sächsische Schweiz), des sächsischen Erzgebirges und von den Weinbewachsenen und burggekrönten Höhen bei Meissen. Die Hügelketten, die das Elbtal bei Dresden zu beiden Seiten einrahmen, gewähren eine Menge herrlicher Landschaftsbilder, und der sich in langen Windungen dahinwälzende Strom erhöht die befruchtenden Reize, die allerdings in der jetzigen Jahreszeit nicht voll zur Entfaltung kommen können.

Dresden mit seinen jetzt 350 000 Einwohnern war bis zum Ausgang des Mittelalters eine bedeutungslose Stadt. Von den Wenden gegründet, war das ehemalige Fischerdorf zu Beginn des 10. Jahrhunderts von Heinrich I. tributpflichtig gemacht und von Otto I. dem Gebiete der deutschen Herrschaft, die bisher nur bis zur Saale ging, unterworfen worden. 1143 kam Dresden an das Haus Wettin. Seitdem wurde die Einwanderung aus Franken und Thüringen sehr gefördert, und nachdem es dauernde Residenz des wettinischen Fürstenhauses geworden war, begann es langsam aufzublühen.

Die „glanzvollste“ Periode setzte in der Mitte des 17. Jahrhunderts ein, wo Georg III. eine Anzahl der prächtigsten Bauten aufführen ließ. Unter seinem Nachfolger August II. (dem Starken) und August III. wurde Dresden eine Stätte mannigfachster Kunstübungen im Barock- und Rokoko-Stil, die ihm heute noch sein Gepräge geben, auf Kosten des rücksichtslos ausgeplünderten Landes. An dem herrlichen Zwinger, der bedeutsamen Bildergalerie, der zierlichen katholischen Hofkirche und der weltberühmten Brühl'schen Terrasse mit ihrem Ausblick auf einen der schönsten Flecke der Erde hängen die Fäden eines gemarterten und geschundenen Volkes.

Die Wirren des schlesischen und siebenjährigen Krieges vernichteten viel von der Blüte Dresdens, die nicht auf der gesunden Kraft des Volkes, sondern auf dem Größenwahn der sächsisch-polnischen Könige fundiert war, die ihren kaiserlichen Glauben abschwarzen und in den Schoß der Kleinstellmachenden zurücktraten, um ihren Krone mit der Krone zu vertauschen zu können. Mehr als 400 Gebäude gingen damals nebst der alten Kreuzkirche in Flammen auf, und als einziges Wahrzeichen verblieb die gewaltige Kuppel der Frauenkirche, die der Kanonade trotzte.

Erst nach den napoleonischen Kriegen begann man die alten Befestigungen abzubauen und die Stadt zu erweitern. 1832 erhielt Sachsen unter den Nachwirkungen der Futrevolution eine Art von Verfassung und Städte-

ordnung. Dadurch war ein weiterer Anlaß zur Entwicklung gegeben. 1849, als der König die Anerkennung der vom Landtag geforderten, von der Frankfurter Nationalversammlung vorgeschlagenen Reichsverfassung verweigerte, durchstobte Dresden der Sturm der Revolution. Die industrielle Entwicklung war schon zu weit vorgeschritten, um noch länger die Beschränkungen der Kleinstaaterei, noch dazu verschärft durch die Praktiken einer reaktionären Gewalt Herrschaft und schlimmsten soziales Elend, ertragen zu können.

Ganz Dresden stand in Aufruhr. Fünf Tage lang wurde in den Straßen von dem bewaffneten Volke, das aus dem übrigen Sachsen Hilfe ersucht, todesmutig gekämpft. Gottfried Semper, der spätere Erbauer der Hofoper und der Bildergalerie, leitete den Bau von 108 Barrakaden, Balunin und Oberstleutnant Helze kommandierte auf diesen die Kämpfenden und Richard Wagner, damals Hofkapellmeister, und der Advokat Eschner entfachten die Begeisterung zum Sturm gegen die Unterdrücker. Bereits am zweiten Tage mußte der König nebst seinem Ministern nach der Festung Königstein flüchten, bis die preussische Soldateska wieder „Ordnung“ geschaffen hatte.

Rasch war der revolutionäre Geist des sächsischen Bürgertums wieder verflücht. Gerade Dresden wurde nun die Stätte, wo der spezifisch sächsische Philistergeist seine tollsten Sprünge wagte und die Unterdrückung jeder freien Bewegung der emporkommenden Arbeiterchaft wahre Triumphe feiern konnte.

In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich Dresden mehr und mehr zu einer Industriestadt. Hervorragend betrieben wird u. a. die Fabrikation von Blechwaren, Chemikalien, Glas, Lederwaren und Schokolade, Zigaretten, photographischen Apparaten, Steingut, Möbeln, Klavieren, Kartonnagen, künstlichen Blumen, Kunstbrüden, Ansichtspostkarten und am Reichsblitz der Stadt befinden sich große Eisenwerke und Kohlenbergwerke.

Dresden birgt eine fast unerschöpfbare Menge der wertvollsten Kunstschätze. In der Gemäldegalerie erbauen uns die hervorragendsten Werke von Raffael, Correggio, Tizian, Dolce, Meni, Veronese, Palestrina, Rubens und van Dyck, bis herauf zu denen der modernsten Künstler, denn die Leitung der Bildergalerie ist in Händen, die frei von aller Nützlichkeits- und Vorurteilengenommenheit gegen das werdende Neue sind. Gleiches trifft zu von dem vortrefflich geleiteten Kupferstichkabinett und von der an alten wie auch an neuesten Werken außerordentlich reichhaltigen Skulpturensammlung (Albertinum). Als besondere Sehenswürdigkeiten gelten noch: das Gröne Gewölbe, die mannigfachen naturwissenschaftlichen Sammlungen, die Porzellanammlung, die Münzkammer, das Münzkabinett usw. usw. An besonderen Baudenkmälern sind hervorzuheben: Zwinger mit Bildergalerie, Frauenkirche, katholische Hofkirche, Kreuzkirche, Schloß, Opernhaus, Brühl'sche Terrasse, Akademie, Ausstellungsgebäude, Altes Rathaus, Japanisches Palais, fünf Elbhäuser, deren älteste und eigenartigste kürzlich abgebrochen wurde und gegenwärtig einem Neubau in ähnlichem Charakter weichen muß.

Infolge der raschen industriellen Entwicklung ist Dresden immer mehr aus einem Eldorado für Rentiers,

pensionierte Beamte, in- und ausländische Weltbümmler und viele ähnliche Nichtstuer zu einer Stadt geworden, in der neuzeitliches Leben flutet.

Wichtig ist die Arbeiterbewegung unter dem Druck der bis vor kurzem noch deutlich bemerkbaren beschränkt spießbürgerlichen Denkungsweise weiter Bevölkerungskreise und dem überelbigen Polzeiknäppel emporgewachsen. Während die Sozialdemokratie acht Jahre lang sämtliche drei Dresdener Reichstagsstige (seit 1907 zwei) besetzt hielt, die Arbeiterchaft im Stadtparlament eine starke Vertretung besitzt und vier blühende Konsumvereine der Arbeiterchaft in ihrem sozialen Kampfe eine kräftige Stütze bieten, sind auch die Gewerkschaften ganz erfreulich emporgewachsen. 1896 zählten sie 11 000 Mitglieder, 1900: 16 150, 1903 dagegen schon 29 740, 1905: 52 443 und 1908: 58 861 mit einer Jahres-Einnahme von 2 329 861.81 Mark. Sowohl Hirsch-Dunckerse, christliche oder sozialistisch-anarchistische Quertreiber sind hier nie aufgekommen, so oft sie ihr durchsichtiges Treiben auch versuchten.

Auch unser Verband hat sich in Dresden äußerst günstig entwickelt. 1892 zählte er ganze 58 Mitglieder, 1896: 132, 1900: 198, 1902: 492, 1904: 1211, 1906: 1549, 1907: 1728, 1908: 1703 und 1909 die stattliche Zahl von 1822, mit Einschluß einer größeren Zahl nach und nach angegliederter Zahlstellen.

Die Dresdener Kollegen kämpften im Jahre 1896 sieben Wochen ohne Erfolg. 1902 vereinbarten sie den ersten Tarif mit 43 Pfg. Mindestlohn, streikten 1905 drei Wochen mit 1300 Mann und brachten es dadurch von 45 Pfg. auf 52 Pfg. Mindestlohn. 1907 erreichten sie durch Verhandlungen 54 Pfg., 1908 56 Pfg. und bei der jetzigen Reichstagsbewegung 59 resp. 60 Pfg.

So bietet unsre Dresdener Organisation ein durchaus erfreuliches Bild organisatorischen Aufwärtstrebens als auch erfolgreichster Tätigkeit für die Verbesserung der sozialen Lage der Kollegenchaft.

Wir erwarten bestimmt für die ganze Organisation bis in die entlegensten Orte dieselbe stetig vorwärtsschreitende Entwicklung, dann erreichen wir unser Ziel, auch wenn vorübergehend ernste Zeiten unsern Lauf verlangsamen. Dann mögen sich die Unternehmer noch so krampfhaft bemühen, die im stetigen Fluße befindliche und durch unsre Organisation kräftig geförderte Entwicklung halten sie nicht auf.

Die Dresdener Tagung findet wie vor 25 Jahren in einem wichtigen Momente statt. Möge sie wie damals auch diesmal der Organisation durch sachliche Prüfung der gegebenen Sachlage und scharfen Blick für die Erfordernisse der kommenden Jahre die Wege ebnen für weiteres Vorwärtstreiben zum Wohle der Arbeiterbewegung und unsrer gesamten Kollegenchaft.

In diesem Sinne rufen wir den Delegierten zu:

Willkommen in Dresden!

Zur Durchführung des Tarifs.

Aus den bereits veröffentlichten Berichten über die Durchführung der tariflich festgelegten Lohnerhöhung geht offensichtlich hervor, daß die Zeit der Inkraftsetzung des Tarifs von sehr wesentlicher Bedeutung ist. Die Erfahrung lehrt uns, daß die Durchführung der Tarife, die im Winter, also in einer Zeit der periodischen Geschäftslage in Kraft treten, mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft ist.

England und englische Verhältnisse.

Reise-Blaudereien von A. D. S. F.

V.

Land und Leute.

Hilfsliche Gesichter trifft man auf den Shetland- und Orkney-Inseln nur selten. Hart, edig und wenig anmutig wie die Bewegungen sind auch die Züge der knapp mittelgroßen, aber gedungenen gebauten Männer und Frauen. An Lebensfreudigkeit und Lebenslust fehlt es trotzdem dem Bälchen nicht. Allabendlich Luftwandeln die Burchen und Mädchen zu überhundertsten Stundenlang auf der arnseligen Strandpromenade und äugeln einander an. Eingeweihte versichern, es bleibe nicht beim Neugeln. Die Mannschaft des gerade vor Verwid ankermenden deutschen Schutkreuzers Zieten beschwerte sich allerdings bitter, daß für ihre Lebenswürdigkeiten die Mädchen nicht empfänglich seien; nur den heimischen Burchen werde ohne Schwierigkeit gewährt, was die Fremden vergeblich begehrten. Das mag für die Abgewiesenen verzeihlich sein, doch wenn auf den entlegenen Inseln, die trotz ihrer Naturschönheit selbst von England aus nur wenig besucht werden, die Liebe noch nicht international gesendet wird, so ist das eben eine Eigentümlichkeit des Landes, mit der man sich abfinden muß wie mit den Herbstnebeln, die tagelang zwischen den Bergen und Klippen hängen bleiben und kaum die Hand vor den Augen erkennen lassen.

Und schrecklich fromm sind die Leute. Sie tun zum wenigsten so. Das kleine Nest Verwid mit seinen 4500 Seelen — auf jeden Menschen eine gerechnet, was bei annäherlich etwas zu reichlich bemessen ist — besitzt nicht weniger als zwölf Kirchen und Kapellen verschiedener Sekten und Gemeinden. Auch in Schottland ist die Zahl der Kirchen lächerlich groß. Jede Sekte hält die Methode, sich bei ihrem Herrgötze einzuschmeicheln und sich durch Singen und Beten einen zugreifen numerierten Platz im Himmel zu sichern, für die allein richtige. Auch Arbeiter und Arbeiterfrauen stellen zu den Kirchenläufern ein beträchtliches Kontingent.

Ganz abscheulich ist die Sonntagsruhe in England. Während in Deutschland und andren Staaten der Sonntag dem Vergnügen und der Zerstreuung dient, breitet der englische Sonntag eine unheilvolle Kirchhofruhe über

Stadt und Land. Post und Telegraph sind auch in London geschlossen; nicht einmal die Briefkästen werden geleert, und man begegnet keinem Briefträger mit dem über die Schulter geworfenen grauen Leinwandfack, der die auszutragenden Briefe birgt. Fromme Schuster und Schneider liefern Sonntags nicht einmal die fertigen Waren ab, was besonders für solche Touristen ungemünz erfreulich ist, die auf ihre zu offensichtlich gewordenen Stiefel oder Hosen, die sie in Reparatur gegeben haben, warten und denen der englische Sonntag zu strengem Studienarrest verhilft. Auf manchen Eisenbahnen, namentlich auf den schottischen Lokalbahnen, verkehren Sonntags überhaupt keine Züge. „Sunday excepted“ (Sonntag ausgenommen) steht da auf den Fahrplänen vermerkt. Auch die verkehrsreichsten Linien schränken die Zahl der Züge auf den vierten Teil ein; die meisten Bahngesellschaften — in England gibt es keine Staatsbahnen — geben zwei Fahrpläne heraus, den einen für weekdays (Wochentags), den andern für sundays. Die Wirtschaftler, Bars, tea rooms (Teestuben) sind während der Kirchzeit sämtlich geschlossen; manche werden Sonntags überhaupt nicht geöffnet, andere nach 6 Uhr abends. Erst seit einigen Jahren sind Sonntags wenigstens manche Museen geöffnet, bei weitem noch nicht alle. In London ist Sonntags die große französisch-englische Ausstellung durchaus geschlossen, ebenso das größte Vergnügungs-Etablissement der Welt, der Kristallpalast, der infolge dessen immer mit Unterbilanz arbeitet. Theateraufführungen finden Sonntags nicht statt und Konzerte nur an wenigen Orten. In Verwid wurden wir um des Sonntags willen im Hotel sogar um eine Mahlzeit geprellt, was besonders schändlich war. Es gab im Hotel lediglich früh 1/2 10 Uhr das erste Frühstück und um 4 den Lunch, weiter nichts. Das war einfach gemein. Denn wie kommt ein gesunder Magen dazu, unter puritanischer Mudelei leiden zu sollen? Bigotte Familien, deren es in Schottland sehr viele gibt, locken Sonntags überhaupt nicht, sondern essen nur aufgewärmte Speisen, die am Sonntags zubereitet worden sind. — Im letzten Jahrzehnt ist zwar schon mancher Stein aus der absoluten Sonntagsruhe gebrochen; angenehm sind die Zustände jedoch auch jetzt noch nicht. Und wenn es um einiges besser geworden ist, dann ist das auf die Wahrnehmung zurückzuführen, daß die Unterdrückung harmloser Sonntagsvergnügen zur heimlichen Wälderet und zum unheim-

lichen Schnapsgenuß im stillen führte. Sonntag abend nach 6 Uhr erwacht jetzt in den meisten englischen Städten wieder reges Straßenleben; Lanzbergmühen sind indes auch jetzt noch Sonntags verpönt. Aber die alte Regel, daß junge Leute, wenn sie nicht tanzen dürfen, sich eben — auf andre Weise amüsieren, befähigt sich auch im Mutterlande bigotter Heuchel und puritanischer Abgeschmacktheit. Leben und Lieben sind schon dem Wortlauge nach so engverwandte Begriffe, daß sie sich nicht trennen lassen.

VI.

Nordschottland.

Wie nahe die Shetland-Inseln dem Polartreffe liegen, war nicht nur daraus zu entnehmen, daß man abends nach 11 Uhr noch bequem im Dämmerscheit lesen konnte, sondern im Gesellschaftszimmer des Hotels prasselte am 10. und 11. Juli im Kamin ein lustiges Holzfeuer. Daß wir nicht überflüssig, denn draußen wurde der Hauch des Mundes sichtbar. Trotz Golfstrom, Tieferten die tiefen und ausgedehnten Hochmoore der Inseln nicht den spöttigen Lof, so möchte es schwer sein, dem langen Winter standzuhalten. Umsonst ist freilich auch auf diesen entlegenen Inseln der von selbst sich bildende Lof nicht zu haben. Zwei oder drei Grundherren, englische Lords, sind die Besitzer des ganzen Landes und der Moore. Sie lassen sich für die Erlaubnis, auf ihrem Grunde Lof stehen zu dürfen, von jedem zwei bis sechs Pfund Sterling (40 bis 120 Mark) jährlich zahlen, eine unerschämte hohe Summe, deren Aufbringung den armen Crofters schwer genug fällt. Außer dem qualmenden Loffeuer, dessen Rauch in die Augen beißt und das während der acht Wintermonate im Kamin nicht ausgehen darf, bieten selbstgefertigte dicke Wolljaden, die in seltener Vorzüglichkeit auf den Inseln gestrickt werden, Schutz vor der Unbill des Winters. Zeit genug zum Spinnen der Wolle und zum Stricken der Jacken haben die Inselbewohner allerdings.

Wenn draußen der Sturm über die Höhen und um die Klippen jagt, wenn wochenlang die Sonne kaum sichtbar wird und dicke Nebel vollends die Luft verfinstern, so daß die Tranlampe von früh bis abends in den fast fensterlosen Stuben brennen muß, wenn Schneeberge um die vereinzelt liegenden Häuschen sich türmen, dann ist der Crofter in seine Hütte gebannt; dann spinnen die Weiber und stricken die Mütter, Männer wie

Bei den Tarifverhandlungen führten deshalb auch unsere Vertreter zahlreiche Gründe ins Feld, die den Beweis erbrachten, daß wohl vereinbart werden könne, an dem und dem Tage in den Wintermonaten trete der neue Tarif in Kraft, wie es aber dann um dessen Einführung und Hochhaltung bestellt sei, das kümmerliche und hochhaltend die Unternehmern verteuert wenig. Eine derartige Tarifpolitik habe aber für uns gar keinen Zweck, denn für uns komme nach dem Abschluß in erster Linie in Betracht, daß die getroffenen Vereinbarungen auch sofort durchgeführt werden. Das sei der springende Punkt. Ein ernst zu nehmender Tarifvertrag habe gerade in dieser Situation erst den Beweis zu erbringen, ob er auch die nötige Gewähr leiste und den notwendigen Einfluß auf seine Mitglieder besitze, daß der Tarif in allen Teilen gewissenhaft durchgeführt und innegehalten wird.

Die gegenwärtige Situation in unserem Gewerbe seit dem Abschluß des Reichstarifs zeigt uns zur Genüge, wie richtig unsere Vertreter die Verhältnisse und die zu erwartenden Zustände eingeschätzt haben. Unsere Tarifbewegung hatte gewiß im allgemeinen große Fortschritte gezeitigt und von Jahr zu Jahr an Bodenständigkeit gewonnen; dabei ist aber nicht zu vergessen, daß ein großer Teil der Meister nur notgedrungen sich dem Tarifvertragswesen beugte und oft genug — je eher desto lieber — die bestehende Stunde aus diesen „hemmenden Fesseln“ herbeisehnte. Die Forcierung auf einen Reichstarif durch den Arbeitgeberverband war daher verfrüht, das zeigen uns die mickligen Zustände, wie sie jetzt allenthalben zum Vorschein kommen, sehr deutlich. Der Arbeitgeberverband hat eben noch nicht die innere Stärke, wie sie vorhanden sein müßte, um auf alle seine Mitglieder einen wirksamen Einfluß ausüben zu können. Zur Schaffung eines so großen Wertes bedarf es der notwendigen Vorbedingungen, ohne die das ganze Unternehmen in der Luft schwebt. Mit überreifer Hast und gutem Willen einzelner Personen ist da nicht gebüht, gegen die Macht der Verhältnisse ist nicht mit einem fähigen Ueberspringen hinwegzukommen.

Ueber die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Tarifs sogar in der Großstadt herausstellen, gibt der Bericht unserer Berliner Filiale ein anschauliches Bild. Der Vorsitzende Kollege Mies mußte bei einer ganzen Anzahl Malermeister vorstellig werden, da sie den Tarifbestimmungen nicht nachkamen. Mit nach energischem Vorhalten, nach Verhandlungen mit dem Verbandvertreter und in einigen Fällen sogar erst nach Arbeitsniederlegung von kurzer Dauer ließen sich die Herren bewegen, die Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde zu zahlen, wozu sie nach dem Tarif verpflichtet sind. Die betreffenden Arbeitgeber erklärten zum Teil, ihnen seien die neuen Tarifbestimmungen noch nicht bekannt, andere glaubten sich der Erfüllung ihrer tariflichen Verpflichtungen deshalb entziehen zu können, weil es zurzeit arbeitslose Maler genug gibt, die auch zu den alten Löhnen arbeiten würden. In einem Falle, wo wegen Verweigerung der Lohnhöhe die Arbeit niedergelegt wurde, meldeten sich auf ein Inserat des betreffenden Malermeisters viel mehr Arbeiter als er brauchte. Einige davon erklärten unserem Verbandvertreter, der sie auf den Streik aufmerksam machte, sie würden trotzdem arbeiten, weil ihnen das Wasser bis an den Hals stehe. Doch ist es trotz dieser Verhältnisse gelungen, den Arbeitgeber zur Zahlung des Tariflohnes und zur Wiedereinstellung der Streikenden zu bewegen. — Bei anderen Meistern war die Verständigung weniger schwierig. In mehreren Fällen ist auch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes angerufen worden, der dann die widerspenstigen Arbeitgeber zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen angehalten hat. Einer der Arbeitgeber, der erst energisch veranlaßt werden mußte, den Tariflohn zu zahlen, hat darauf zwei Arbeiter, die für den Tarif eingetreten waren, gemäß regelt. Gestützt auf eine Bestimmung des Tarifs verlangte Kollege Mies, daß Herr Kruse als Vorsitzender der Arbeitgeber die beiden Gemafregelten anderweitig in Arbeit bringe. Das ist auch geschehen. Als aber bald darauf aus gleichem Anlaß ein zweiter Fall von Maßregelung vorlam, er-

klärte Herr Kruse, es sei schwer, die Gemafregelten unterzubringen, denn kein Meister wolle sich solche „schwarzen Widder“ auf den Hals setzen lassen. Da unser Vertreter auf die Unterbringung der Gemafregelten bestand, verlangte Herr Kruse, das Tarifamt müsse erst entscheiden, ob hier eine Maßregelung vorliege. Das soll denn auch geschehen. Sicherlich wird trotzdem noch in so vielen Orten bei einer Reihe von Meistern der Tariflohn nicht bezahlt werden, ohne daß die dort beschäftigten Kollegen etwas der Fiskalverwaltung mitteilen, weil sie mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit sich nicht trauen, den Lohn zu fordern, auf den sie nach dem Tarif Anspruch haben. In solchen Fällen liegt es an den Kollegen selbst, wenn sie benachteiligt werden; die Durchführung und Hochhaltung des Tarifs ist eben Sache der einzelnen Kollegen.

Im großen und ganzen ist nach dem vorliegenden Bericht in Berlin und den Vororten der Tarif nunmehr durchgeführt, besonders gilt das von den Arbeitgeber, die ihrem Verbandsangehörigen. — Während bei früheren Lohnbewegungen die kleinen Arbeitgeber am ehesten geneigt waren, die Forderungen zu bewilligen und die großen Geschäftsinhaber meist alles ablehnten, muß jetzt konstatiert werden, daß die großen Firmen die tarifmäßige Lohnerhöhung ohne weiteres gezahlt haben, während eine Reihe kleinerer Arbeitgeber sich ihren Verpflichtungen zu entziehen suchten und erst nach mancherlei Schwierigkeiten zur Erfüllung des Tarifs zu bewegen waren.

Die Kollegen erkennen hieraus, mit welchen Schwierigkeiten zu kämpfen es schon da ist, wo es sich nur um wenige Pfennige Lohnerhöhung handelt und die Organisation eine gute genannt werden kann. Umso mehr ist es Pflicht der Kollegen allerorts, auf dem Posten zu sein und den Tarif bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen.

Jahresbericht des 7. Bezirks für 1909.

Das verflossene Jahr stand zu seinem größten Teile noch unter den Nachwirkungen der Krise, besonders in der ersten Hälfte. Im Laufe des Sommers trat eine sonst ungewohnte Stagnation ein, die sich in den Monaten Juni und Juli namentlich in den größeren Orten in einer stärkeren Arbeitslosigkeit bemerkbar machte. Auf unsere Arbeitsnachweiser in München und Nürnberg konnte mitten im Sommer nicht allen Arbeitssuchenden Arbeit verschafft werden. Eine Gegenüberstellung der Arbeitsvermittlung in vier Sommermonaten ergibt folgendes Bild:

Table with 2 columns: Arbeitsuchende (München, Nürnberg) and Offene Stellen (München, Nürnberg) with sub-columns for months (Mai, Juni, Juli, August).

Erst im September machte sich ein größerer Aufschwung bemerkbar, der erfreulicherweise bis tief in die Wintermonate hinein angehalten hat.

Die Mitgliederbewegung äußerte sich naturgemäß je nach der Gestaltung des Arbeitsmarktes. Die Vergleichsziffer des ersten Quartals gegen das Vorjahr ergibt eine erhebliche Abnahme der Mitglieder, während das vierte Quartal gegen dasjenige des Jahres 1908 eine erhebliche Steigerung aufweist. Haben wir deshalb auch keine größeren Fortschritte zu verzeichnen in solchen Krisenjahren, so ist es um so erfreulicher, daß im allgemeinen nirgends ein Rückgang eingetreten ist. Fast die gleiche Zahl an Mitgliedern wie im Vorjahre kommt in diesem Jahre nach Beiträgen berechnet und im Jahresdurchschnitt heraus. Ebenso ist die Zahl der Aufnahmen dem Vorjahre nahezu gleich.

Folgende Tabelle gibt näheren Aufschluß für die letzten fünf Jahre:

Table: Mitgliederzahl nach Beiträgen berechnet. Columns: Jahr, im 1. Quart., im 2. Quart., im 3. Quart., im 4. Quart., Durchschnitt im Jahre, Aufnahmen.

Die absolute Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt ist 1906: 2534; 1907: 2814; 1908: 2885 und 1909: 2964.

Hieraus ergibt sich ein langsam steigendes, aber stetiges Vorwärtsschreiten, das sich sicherlich in den Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs noch mehr steigern dürfte. Die Gesamtmitgliederbewegung der einzelnen Filialen ersieht man aus nachstehender Tabelle:

Table: Mitgliederzahl am Schluß der Quartale. Columns: Filiale, 1, 2, 3, 4, 1908, 1909, Aufnahmen.

Summa: 2604 | 2691 | 3073 | 3088 | 2972 | 2885 | 2964 | 1377 | 1413 | 63

Die Filiale Kronach ist im dritten Quartal gegründet worden; im übrigen ist der Stand der Filialen unverändert und beträgt 16 und 53 Zahlstellen sowie zehne Orte mit Einzelmitgliedern.

Von den Zahlstellen ist nur eine (Hersbruck) wieder aufgelöst worden, dagegen wurden neu gegründet: Kaufbeuren, Mühlendorf, Oberammergau, Plannegg, Schliersee und Tegernsee zu München, Udelshof, Burgfornbach, Großgründlach, Nördlingen und Zirndorf zu Nürnberg, Maasbach zu Schweinfurt.

Von den Zahlstellen haben Mitglieder: 1 Zahlstelle 74 Mitglieder, 1: 71, 0: 20-40, 14: 11-20, 17: 6-10 und 15 Zahlstellen haben 1-5 Mitglieder, zusammen 714 Mitglieder.

Zu- und Abgang der Mitglieder. Zahl der Mitglieder am Jahreschluss 1908: 2604; Aufnahmen: 1413 (1377); zugewandert: 713 (712); vom Auslande: 122 (117); übergetreten von anderen Verbänden: 15 (9); vom Christl. Verb. übergetreten: 6 (3); vom Militär zurück: 25 (31); insgesamt 4898 Mitglieder. Abgang: Gestrichen: 405 (617); ausgetreten: 159 (258); ausgeschieden: 6 (6); zum Militär: 57 (48); abgereist: 1293 (1312); abgereist ins Ausland: 50 (37); übergetreten: 22 (24); gestorben: 24 (19); insgesamt 1926; Bestand: 2972 Mitglieder.

Die Zahl der Gestrichenen und Ausgetretenen ist bedeutend zurückgegangen. Von den Gestrichenen waren es 1908: 22,8 Proz., 1909: 14,9 Proz.; von den Ausgetretenen 9,5 bzw. 5,9 Prozent. Immerhin scheidet noch der flüchtige Teil aus von den Mitgliedern, sei es, daß das Zahlen „vergessen“ wird oder daß man Wohnungsänderungen nicht angibt oder durch sonstige unliebsame Vorkommnisse (persönliche Nebenreien u. dgl.).

Die Stabilität der Mitglieder ist einer der wichtigsten Faktoren im gewerkschaftlichen Leben und kann dieses einzig und allein bewerkstelligt werden durch eine systematische Hauskasserung in allen Orten. Daß dieser auch im Berichtsjahre die größte Aufmerksamkeit zugewendet wurde, ist selbstverständlich und ersieht man die Erfolge vor allem in der Beitragsleistung. Diese ist im Steigen begriffen, sowohl was die Höhe der Beiträge in den einzelnen Filialen betrifft, als auch auf das einzelne Mitglied berechnet. Jedes Mitglied hat rund 48 Beiträge geleistet. Sommerbeiträge 92 717, Winterbeiträge 46 392; Frauenmarken: 1934. Der Jahresbeitrag der Mitglieder schwankt zwischen 21,75 Mark und 27 Mark und beträgt der Durchschnitt 24,63 Mark.

Die Filialen Ingolstadt und Würzburg erhöhten den Beitrag von 55 auf 60 Pfennig; Rempten von 50 auf 60 Pfg.; München und Rosenheim von 20 auf 25 Pfg.; den 50 Pfg.-Beitrag hat nur noch die letztere Filiale. 60 und 20 Pfg. erheben sieben Filialen, 60 und 25 Pfennig sechs Filialen, 65 und 20 Pfennig eine Filiale, bezüglichen 65 und 25 Pfg. eine Filiale. Unter solchen Umständen wächst auch das Vermögen der Filialen mehr und mehr. 1908 betrug dasselbe noch 7763,67 Mark oder pro Kopf 2,98 M. Nunmehr ist es auf 10 250,54 Mark oder pro Kopf 3,78 Mark gestiegen.

An der fakultativen Arbeitslosenunterstützung beteiligten sich 581 Kollegen oder 19 Prozent der Mitglieder und wurden 8440 Marken verkauft. Es wäre zu wünschen, daß von der Einrichtung mehr Gebrauch gemacht würde in diesem Jahre, um eine größere Uebersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit und auch über den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung selbst zu gewinnen. Im Bezirk wird den Erhebungen über die Arbeitslosigkeit und Krankheit ein erhebliches Interesse zugewendet. Durch die allmonatlich in den Filialen veranstaltete Arbeitslosenstatistik mittels der zu diesem Zweck hergestellten Fragebogen, die dadurch eine Vereinfachung erfahren haben, daß dieselben je zehn Personen umfassen, ist eine ziemlich sichere Erfassung der Arbeitslosen und Kranken gegeben. Vom November

Frauen; dann erzählen sie sich die alten Sagen aus langverwichenen Zeiten, Geschichten vom Carl Patrick Stewart, der 1600 in Scalloway das große Kaste baute, ein arger Menschenfeind war, alle Leute, die ihm nicht genug Fische oder Wolle brachten, an einem Stricke bis zur Spitze des Turmes hochziehen ließ — der Exekution, durch den der Strick lief, ist heute noch zu sehen — der es aber mit den Fischen nie verdrarb, weil diese seiner sündigen Seele durch fleißiges Gebet den Himmel sichern sollten, und der endlich vom englischen Könige gefangen und in Edinburgh gehängt wurde. Sie erzählen sich von den Stones of Stennes auf den Orkney-Inseln, riesigen, schmalen Steinplatten von zehn, zwölf Meter Höhe, die mit einem Ende in die Erde gegraben sind und aufrecht stehen als Grabdenkmäler für die alten Häuptlinge und Könige in der Heidenzeit. Sie wissen auch, daß das gewaltigste dieser Steindreher, der Odinstein, in Reichhöhe durchlöcher worden ist. Durch dieses Loch mußten sich Braut und Bräutigam die Hand reichen, bevor sie als Ehepaar galten. Es läßt sich viel erzählen in einem langen Winter, und jedes Jahr kehrt er wieder.

Wie die Gebirgsbewohner, so halten auch die Küsten- und Inselbewohner zähe an abergläubischen Vorstellungen. Da hilft keine Belehrung, keine Widerlegung. Die Furcht vor den elementaren Gewalten, die ihnen oft und in mannigfacher Gestalt den Tod bringen können und bei denen es kein Entzinnen gibt, macht die Leute religiös. Sie suchen je nach ihrer konfessionellen Färbung Schutz und Fürsprache durch ihre Heiligen, ihre Mutter Maria, ihren Jesus, ihren Herrgott. Und wenn ihnen auch zehnmal nachgewiesen wird, daß alle die unzähligen Opfer der Lawinen, der Abstürze, der Schneestürme, der Springschluten ebenso gläubig wie sie selbst gebetet haben, daß ihnen das aber trotzdem nichts geholfen hat, sie halten fest an ihrem religiösen Aberglauben. Die Religion entspringt eben der Furcht vor Gefahren und der Hoffnung, irgendwo gebe es irgendwen, der die Gefahren bannen könne, wenn man seine Beihilfe zu finden verstehe.

Eine weitere kleine Seefahrt von vierzehn Stunden brachte uns nach Thurso, der nördlichsten Stadt des schottischen Festlandes. Auch diesmal lernte unser Schiff, ein kleiner, gummielichter Schraubendampfer, das Tanzen mit dem Fundamente, Botwale, mächtige Murschen, Kissen mit erstaunlicher Schnelligkeit durch die hohen

Wellen, von denen sich Abatrosse und Stormorane schaukeln ließen. Die Abatrosse sind große, kräftige Schwimmdogel, mit Ausnahme der schwarzen Schwimmen ganz weiß. Lebende Fische kann der Abatross nicht fressen; dafür verleiht er seinem Magen alles mögliche ein, was auf den Wellen treibt, mit besonderer Vorliebe Naß. Der schmutzig-graue Stormoran ist dagegen ein gefährlicher Fischräuber; das englische Vogelwengesetz kennt deshalb für ihn keine Schutzzeit.

Diese kurze Fahrt hätte auch mich beinahe seckant gemacht. Nicht wegen der heftigen Bewegungen des Schiffes. Aber gerade als ich aus der Kajüte nach oben gehen wollte, ergoß sich an der Schiffstreppe aus dem Munde eines hübschen, jungen Mädchens in weitem Bogen ein so breiter Strom von halbverdauten Speisen, daß ich nur mit knapper Not noch zur Seite springen konnte. Und einen Geruch verbreitete die Eruption, als ob sie nicht in dem Magen, sondern weit, weit dahinter ihren Ursprung gehabt hätte. Da wollte es auch mir tief aus dem Magen heraussteigen; doch kam es nicht so weit; die schnell angebrannte Zigarre verdrängte das Gespenst. Aber fest prägte sich mir der Erkenntnisjah ein, daß auch das hübscheste Mädchen keinen günstigen Eindruck macht, wenn es sich in dieser Weise vorstellt.

Fast neun Stunden dauerte die Bahnfahrt von Thurso durch Nordschottland bis Inverness. Ganz prächtige Gebirgs- und Küstenbilder zogen vorüber. Stolzle Nadelholzwälder wechselten mit lahlen Bergabhängen, manns hohe Farnträuter mit lieblichen blumigen Wiesen und Weiden. Das ganze weite Gebiet ist viel reicher an Naturschönheiten, als man erwartet hatte. Die Berge steigen steil bis zu imponierender Höhe an; finstere, tiefe Schluchten und freudliche, breite Talniederungen mit saubren Dörfern und Städtchen bieten sich in bunter Folge dem Blicke, und überall Herden auf den Weiden, im bunten Gemisch Kinder, Schafe und Pferde, unter denen besonders die kleinen sehnigen Ponys auffallen. Diese kleinen Kerle haben im Laufen eine bewundernswerte Ausdauer. Stundenlang ziehen sie den Wagen bergauf, bergab, ohne nur einmal in gemächlichen Schritt zu versallen.

Ster ist eben alles gesund, Tiere und Menschen.

1908 bis Ende November 1909 betrug der Verdienstausschlag 298 777,05 Mark oder pro Arbeitslosen 54,44 Mark.

Folgende Einstellung gibt einen Einblick in die Lage des Wirtschaftsmarktes und beschäftigt die eingangs erwähnte Schilderung. Von den Beteiligten waren:

Table with 5 columns: Monat, Arbeitslos in Prozent, Kranke in Prozent, Es entfallen Tage auf den Arbeitslosen, Kranken. Rows for months from December 1909 to November 1909.

Die Beteiligung an der Statistik betrug durchschnittlich 60 bis 70 Prozent; hätten sich alle Kollegen an den Erhebungen beteiligt, das Bild würde noch vollständiger sein.

Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre recht wenige statt. Durch die Verlängerung der Tarife 1908 anlässlich der Einführung des Normaltarifes fanden Angriffsbewegungen in solchen Orten nicht statt, wo die Tarife bis 31. Dezember 1909 gelaufen waren.

Es war möglich in vier weiteren Orten: J u g o l s t a d t, A n s b a c h, W e i l h e i m und W a d z o l z den Normaltarif ohne Kampf zur Einführung zu bringen und umfassten diese vier Orte 41 Betriebe mit 74 Beschäftigten, wovon 63 Kollegen organisiert waren.

In Erlangen, wo den Normaltarif von 1908 noch nicht Rechnung getragen wurde seitens der Unternehmer, trotzdem das Gantartarifat in München um recht gab, wollte ein Arbeitgeber den Lohn noch mehr reduzieren; es kam zu einem Abwehrstreik, bei dem acht Kollegen 33 Tage lang betätigt waren und gelang es, eine Lohnreduzierung von pro Woche 38,85 Mark hintanzuhalten.

Gegen das Urteil des Gantartarifat hatte der Hauptverband Berufung an das Haupttarifat einereicht, das indes nicht zusammentrat und schließlich traten die Erlanger Arbeitgeber aus dem Verbande aus.

Ladierer. In den Fortschrittskreisen in München gelang es Anfangs des Jahres, mit den übrigen Verbänden eine wöchentliche Arbeitszeitverfügung von drei Stunden und pro Mann 1,53 Mark mehr Lohn durchzubringen und in Hohenburg o. L. in einer Küberwagenfabrik, wo bisher die 11stündige Arbeitszeit bestand, wurde durch gemeinsames Vorgehen der Jehnsteinentag erreicht. Ein Tarif in München (Weißbach) wurde verlängert auf ein Jahr.

So ist das Jahr im Verhältnis verhältnismäßiger Ruhe dahingegangen. Unsonst war die innere Ausgestaltung und Verwaltung wie die Vorbereitung zur Lohnbewegung Hauptgegenstand.

Die Erhebungen über das Lohn- und Arbeitsverhältnis, an denen ca. 75 Proz. der Mitglieder beteiligt waren, nahmen einen größeren Teil der Zeit in Anspruch, waren aber für die bevorstehende Lohnbewegung unvermeidlich. In 33 Orten wurden die Forderungen an die Arbeitgeber eingehend diskutiert und gemeinschaftlich mit den übrigen Bezirken in einem Sonderheft den Arbeitgebern zugesandt, und nach vielen andern Vorbereitungen fanden zu Anfang November die zentralen Verhandlungen statt über die Schaffung eines Reichstarifes, deren Verlauf wohl noch in frischem Gedächtnis ist, daß sich ein weiteres Eingehen darauf in diesem Bericht erübrigt.

Das durch den Normaltarif geschaffene Gantartarifat IIIa in München wurde von unserer Seite viermal in Anspruch genommen und dorthin sehr Beschwerden von uns und eine von den Arbeitgebern erledigt. Die Urteile sind in der vom Vorstand herausgegebenen Broschüre 'Protokolle und Entscheidungen in bezug auf den Normaltarif im Matergewerbe' zu finden, außerdem im 'W. A.' letzterzeit abgedruckt worden.

Am einigen Kollegen den Besuch der Ausschließung bemahter Wohnräume in München zu ermöglichen, wurden Eingaben an die Handwerkskammer um Gewährung von Stipendien gemacht und haben vier davon Mittel bewilligt. Kollegen aus Rosenheim, Jngolstadt, Passau, Regensburg, Nürnberg, Fürt und Ansbach konnten dorthin geschickt werden. Eine Eingabe an die Regierung um Gewährung von Mitteln blieb unbeantwortet.

Die Agitation war in diesem Jahre eine sehr umfangreiche und wurde in bezug auf Ausfüllung über die Situation, Statistik, Stellen von Forderungen und Auslegung des Normaltarifes geleitet, was in den Räten der Agitationskommission stand. Kollege Buch-Hamburg machte im Auftrag der Agitationskommission eine Tour durch den Bezirk und hielt zehn Besammlungen kurz nach Ostern ab und haben diese im allgemeinen befruchtend gewirkt zur Entleerung der Agitation. Kollege W a r - W i e n, ebenso Kollege M a r k - H a m b u r g hielten in Nürnberg Vorträge und Kollege M a r g r a f - F r a n k f u r t sprach in Würzburg. 9 Kollegen vom Bezirk waren behilflich, die Besammlungen zu mit zu bewerkstelligen. Seitens der Agitationskommission fanden statt: 22 öffentliche und 109 Mitgliederbesammlungen, 48 Sitzungen, 11 Revisionen, 6 Bezirksversammlungen, 9 Vertrauensmännerbesammlungen, 19 Besprechungen, 8 Hausagitationen, ferner war der Bezirksleiter 8 Tage zur Generalsammlungen, 4 Tage am Gantartarifat, je 4 Tage zu Zahl-

stellen- und Bezirksleiterkonferenzen, 3 Tage zu örtlichen Unterhandlungen mit Arbeitgebern und 14 Tage zu den zentralen Verhandlungen in Berlin; insgesamt 200 Tage unterwegs. Die Agitationskommission hat 13 Sitzungen abgehalten.

Die Einkünfte betragen 672, die Auskünfte 1357, darunter 424 Marken und 407 Briefe.

Der vollständige Abschluß der Bewegung war am Schlusse des Jahres noch nicht erfolgt. Die zentralen Verhandlungen über Arbeitszeit und Lohn sind den Kollegen in lebhafte Erinnerung aus dem ersten Tagen des neuen Jahres.

Turch die Annahme der Schiedsprüche von allen Seiten ist der Tarif auf drei Jahre abgeschlossen; hoffen wir, daß durch diese Entwicklung die Organisation weiter fortgeschritten und die Interessen unserer Kollegenschaft noch mehr vertreten werden können als bisher.

Jedenfalls hat das verlossene Geschäftsjahr, dessen Arbeit nach außen weniger in die Erscheinung trat, umsomehr nach innen, vorwärtsdrängend gewirkt und wird der Erfolg für die aufgewendete Mühe hoffentlich nicht ausbleiben.

Die uns bevorstehende Zeit muß durch eifrige Agitation zur Heranziehung unserer fernstehenden Kollegen ausgenutzt werden und die übrigen in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht zu aufzuklären, jederzeit schlag- und kampfbereiten Gewerkschaftern erzogen werden.

D. Meyer-Nürnberg.

Zur Reform der amtlichen Statistik.

Das Bureau für Sozialpolitik (Professor Dr. Brand) hat an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet, die eine einheitliche Statistik der Arbeitsverhältnisse in Deutschland verlangt. Die amtliche Statistik, wie sie heute geführt wird, ist deshalb nicht vollständig und verlässlich, weil sie nur über Arbeits-einstellungen berichtet und nicht auch über solche Lohnbewegungen, die ohne Arbeits-einstellungen verlaufen.

Die Eingabe macht ferner darauf aufmerksam, daß auch sonst die amtliche Statistik den Anforderungen der Wissenschaft und Sozialpolitik nicht genügt. Diese Bemerkungen stützen sich auf das Ergebnis der Untersuchungen, die die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in dem Zeitraum der Jahre 1901-1906 an den Angaben der amtlichen Statistik angestellt hat.

Table with 2 columns: Year, Streiks mit Beteiligten. Rows for years 1901 to 1905.

Nun kann die Generalkommission aber nur für einen Teil der Streiks - wenn auch für den größten - berichten. Es darf daraus gefolgert werden, daß die Mängel der amtlichen Statistik noch größer sind, als wie es die vorstehenden Daten heranzuschaffen. Ganz richtig wird auch vermutet, daß die Ursachen der Mängel der amtlichen Statistik in ihrer ersten Bearbeitung liegen.

Auch die wichtige Frage, ob es sich bei den Streitigkeiten um Angriffs- oder Abwehrstreiks handelt, ist bisher durch die amtliche Statistik nicht zuverlässig beantwortet worden. Das beweist aufs deutlichste eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Generalkommission und der amtlichen Statistik.

Table with 4 columns: Angriffsstreiks, Abwehrstreiks, Amtl. Statistik Gewerksch., Amtl. Statistik Gewerksch. Rows for 1907 and 1908.

Nach diese großen Differenzen sind im wesentlichen dadurch zu erklären, daß der amtlichen Statistik in den meisten Fällen nur die Angaben der Unternehmer zugrunde liegen, die Abwehrstreiks nicht selten als Angriffsstreiks zu deklarieren geneigt sind. Der Einwand, daß die Beurteilung der Streitigkeiten durch die Arbeiterverbände auch von einer Tendenz nicht freizupprechen sei, wird widerlegt durch die Tatsache, daß die Gewerkschaftsleitungen aus finanziellen oder organisatorischen Gründen daran interessiert sind, daß Angriffsstreiks nicht unter der falschen Flagge des Abwehrkampfes laufen.

Ein weiterer Mangel besteht darin, daß in der amtlichen Statistik Angaben über die Zahl der weiblichen Streitenden, über die Lohnansprüche, die gezahlten Unterhaltungen und über den Zusammenhang mit Tarifverträgen fehlen.

Die Eingabe fordert zur Abstellung dieser Mängel ein Zusammengehen des Kaiserlich Statistischen Amtes mit den Berufsorganisationen. Durch Mitarbeit der Gewerkschaften dem Amte über alle Arbeitsverhältnisse berichten. Alle weiteren Erhebungen sollen nicht durch die Polizei, sondern durch die Gewerbeaufsichtsbeamten eingezogen werden.

tistische Amt darauf beschränken wollte, eine gute Statistik zu führen und nicht zugleich eine Kriminalstatistik mit ihr zu verbinden, wie das bisher der Fall war.

Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Marine- und Heeresverwaltung.

Dem Reichstage ist eine Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Marine- und Heeresverwaltung für das Rechnungsjahr 1908 zugegangen, welche für die Kollegen, die in diesen Betrieben tätig sind, von besonderem Interesse sein dürfte. Sie gibt zwar nicht über alle die Arbeiter interessierenden Fragen Auskunft, bietet aber zur Beurteilung der Arbeitslöhne, der Bewegung im Arbeiterpersonal und des Dienstalters der Arbeiter manches schätzenswerte Material. Vorangestellt sind die Ergebnisse in den Betrieben der Reichsmarine-Verwaltung. Die normale Arbeitszeit in den Betrieben betrug 9 Stunden. Doch sind in einzelnen Abteilungen in größerem Umfange Ueberstunden geleistet worden, die zwar nach Möglichkeit vermieden werden sollen, sich aber niemals ganz umgehen lassen.

Table with 3 columns: Category, Gesamtzahl, Durchschnittlicher Tagesverdienst M. Rows for categories like Gehrlinge und Jungen, Sandlanger, Betriebsarbeiter, etc.

Die Arbeiter der Artillerie- und Marinewedpots, der Verpflegungs- und Bekleidungsämter erzielten für ein Tagewerk einen durchschnittlichen Verdienst in der Klasse der

Table with 3 columns: Category, Gesamtzahl, Durchschnittlicher Tagesverdienst M. Rows for categories like Arbeiterinnen, Sandlanger u. Betriebsarbeiter der Artillerie- und Marinewedpots, etc.

Die Gesamtsumme der im Rechnungsjahr gezahlten Arbeitslöhne beziffert sich auf 33 080 220 Mark, so daß der Jahresdurchschnittsverdienst selbst mit Einschluß des Allortüberverdienstes und der Zulagen für Ueberstunden nicht einmal 1800 Mark beträgt. Es sind inzwischen die Löhne zwar ein wenig aufgebessert worden, doch genügt die gewährte Erhöhung nicht, um die Arbeiterlöhne der Marineverwaltung als muntergültig erscheinen zu lassen.

Die Fluktuation des Arbeiterpersonals ist immer noch sehr groß. Die Zahl der eingestellten Arbeiter betrug am 1. November 1907: 21 607. Davon sind abgegangen vom 1. November 1907 bis Ende Oktober 1908 (ausschließlich der 147 Gestorbenen) 4028, und zwar 2792 auf eigenen Antrag. Auch diese hohen Zahlen zeigen keineswegs von muntergültigen Arbeitsverhältnissen. Wären die Marinebetriebe wirklich Musterbetriebe, dann hätte in Zeiten normaler Beschäftigung die Bewegung im Arbeiterpersonal nicht ausserordentlich den Umfang aufweisen, wie ihn die oben mitgeteilten Zahlen unschreiben. Die in mehreren Klassen gezahlten niedrigen Löhne, die Mängel der Vorgesetzten bei der Vernehmung in die höhere Lohnklasse, die Güntlings- und Spitzelwirtschaft - das sind die hauptsächlichsten Ursachen, die die häufigsten Anlässe der Arbeiter, die auf eigenen Wunsch erfolgen, veranlassen. Unter solchen Umständen ist es denn auch kein Wunder, daß fast die Hälfte des gesamten Arbeiterpersonals im Dienstalter unter der fünften Jahreshgrenze rangiert. Die Untersuchungen über das Dienstzeitalter ergaben folgendes Resultat: Es waren beschäftigt Arbeiter im Dienstzeitalter von

Table with 3 columns: Category, Zahl der Arbeiter, Prozent der Gesamtzahl. Rows for age groups like Unter 5 Jahren, Von 5 bis 10 Jahren, etc.

In den Proviandküchen der Armeekorpsverbände, in den Verpflegungs- und Garnisonverwaltungen im Bereich der preussischen Heeresverwaltung waren beschäftigt 6353 Arbeiter und 3883 Arbeiterinnen. Als allgemeine Bedingung für die Entlohnung dieser meist ungelerten Arbeiter gilt, daß sie mit den am Orte üblichen Löhnen erfolgen soll. Die Ermittlung dieser üblichen Löhne geschieht in der Weise, daß zunächst die für gleiche Arbeiten von anderen staatlichen und kommunalen Betrieben, von Fabriken und Wirtschaften (1) am Orte gezahlten Löhne festgesetzt werden. Der Durchschnitt dieser Löhne soll sodann als Tageslohnsatz gelten. Diese Lohnberechnungsmethode

läßt deutlich erkennen, daß die Heeresverwaltung ängstlich bemüht ist, mit den Löhnen nicht über die in der Privatindustrie gezahlten hinauszugehen. Und daß ihr diese Bemühungen gelungen sind, erhellt aus der Nachweisung über die erzielten Verdienste in den oben angeführten Betrieben und Verwaltungen. Es wurden an Lohn — einschließlich Lohnzulage — gezahlt: bis 2,40 Mark an 1,05 Prozent der Arbeiter, 2.— bis 2,40 Mark an 1,46 Prozent, 2,40 bis 3.— Mk. an 14,52 Proz., 3,20 bis 3,60 Mk. an 29,82 Proz., 3,60 bis 4,50 Mk. an 31,80 Prozent und 4,50 bis 8.— Mark an 21,55 Prozent der Arbeiter. Rund 60 Prozent der Arbeiter erhalten also einen Tagelohn von 3,20 bis 4,50 Mark, etwa ebensoviel weniger wie mehr.

Noch ungünstiger ist das Verhältnis bei den Arbeitern, wofür die Heeresverwaltung als Entschuldigung selbst die Tatsache anzugeben für nötig hält, daß es sich dabei meist um Frauen handelt, die leichte Magazinar-, Filz-, Wäsche- und Reinigungsarbeiten verrichten, sowie um neuereinstellte, noch nicht etgearbeitete Arbeiterinnen. Es erhielten hier 75 Prozent aller Arbeiterinnen einen Tagelohn bis zu 2,20 Mark, davon 26 Proz. sogar weniger als 1,80 Mark. Ueber 3 Mk. erhalten nur 7,1 Prozent der Arbeiterinnen.

Bei solchen Löhnen wird es kaum verwundern, wenn in den betreffenden Verwaltungen die Fluktuation des Arbeiterpersonals noch verhältnismäßig groß ist, als in den Betrieben der Marineverwaltung. Bei einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von 10 000 sind im Berichtsjahre 3044 ausgeschieden, davon 1029 auf eignen Wunsch und 868 wegen Arbeitsmangel. Demgegenüber beweist die angeführte Tatsache, daß 3960 Personen sich im Berichtsjahr bei den Arbeitsnachweisstellen der Verwaltung um Einstellung beworben haben, nur den erschreckenden Umfang der Wirtschaftskrise im Jahre 1908, der die erwerbslosen Arbeiter zwang, jede, auch die ungünstigste Erwerbssituation, zu ergreifen.

Bei den der Feldzeugmeisterei in Preußen unterstellten Behörden waren insgesamt 19 905 Arbeiter beschäftigt. Davon entfielen auf die technischen Institute der Infanterie (Gewehr- und Munitionsfabriken) 5645, auf die der Artillerie (Artillerie-Werkstätten und Geschosfabriken) 9112, auf die Artillerie-depots 4671 und auf die Traindepots 177 Arbeiter. Die Löhne der Arbeiter sind hier verhältnismäßig günstig. Nur 2,7 Prozent der Arbeiter verdienen unter 5 Mark täglich, 53,3 Prozent 5.— bis 5,50 Mark, 33,5 Prozent 6.— bis 6,50 Mark und 10,5 Prozent 7.— bis 7,50 Mark. Die Arbeiterinnen kommen auf Tagesverdienste von 2,62 bis 2,82 Mark; also recht bescheidene Summen. Bezüglich der Zeitlohnarbeiter in den technischen Betrieben der Infanterie und der Artillerie wurde ermittelt, daß 1,8 Prozent der beschäftigten Arbeiter 0,75 bis 1,50 Mark verdienen, 12,2 Prozent 3 bis 4 Mark, 29,1 Prozent über 4 bis 5 Mark, 30,8 Prozent über 5 bis 6 Mark, 24,4 Prozent über 6 bis 8 Mark und 1,9 Prozent über 8 bis 9,50 Mark.

Ähnliche Verhältnisse weisen auch die Werkstätten der bayerischen, sächsischen und württembergischen Heeresverwaltungen auf. Die Arbeiterzahl in diesen Betrieben ist erheblich niedriger als in den preussischen Werkstätten. So zählt Bayern 3711 Arbeiter in den technischen Instituten und 473 in den Proviantämtern, Sachsen 1648 und 1137 und Württemberg 234 und 471. Die Löhne sind den in Preußen gezahlten ziemlich gleich, ebenso wie auch die sonstigen Arbeitsbedingungen.

Mit keiner Silbe erwähnt die Uebersicht die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse. Und doch wäre es für die Öffentlichkeit sehr wertvoll, zu erfahren, ob und in welchem Umfang die Arbeiterausschüsse bei der Festsetzung und Wahrung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitgewirkt haben. Oder sollten die Verwaltungen Mittelungen hierüber zu scheuen haben? Wenn die Reichsbedriebe Musterbetriebe sein wollen, dann haben sie auch die Verpflichtung, den Vertretern der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen einzuräumen; wir sind überzeugt, daß die jährlichen Nachweise dann bald ein anderes für die Arbeiter günstigeres Gesicht zeigen würden.

Lohnbewegung.

Ladierer.

Heilbronn. Die Differenzen in der Fahrzeugfabrik von Th. Günther sind beigelegt und wird die Sperre aufgehoben.

Die bei der Firma Draug-Heilbronn erneut notwendig gewordene Arbeitseinstellung ist wieder beigelegt, nachdem die Firma sich erneut verpflichtet hat, an dem abgeschlossenen Vertrag festzuhalten.

Heidelberg. In den vereinigten Fabriken G. Maquet, Heidelberg-Berlin, sind die im Heidelberger Betrieb beschäftigten Ladierer wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

Aus unserem Berner.

Ueber die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes in Glast-Druckereien entnehmen wir dem Bericht der Handwerkskammer für 1908/09: Im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe herrschten ganz verschiedene Verhältnisse. Die Malerinnung in Mühlhausen spricht von einer merklichen Besserung des Geschäftsganges, wenigstens in der zweiten Hälfte des Jahres, in der die Bautätigkeit ein wenig zunahm. Hindernd sollen der Besserung der Verhältnisse im Malergewerbe entgegenstehen: Die Warenhäuser, Ausverkäufe und vor allem die Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Solche „Gutachten“ der Innungsmeister sind vorzüglich darnach angetan, diesen Jahresberichten besonderen Wert beizumessen. Es hat übrigens den Anschein, als ob der Berichterstatter beim Abschreiben in die verkehrte Richtung geraten sei.

Die freie Malerinnung in Saargemünd dagegen weiß von einer Besserung nichts zu berichten, sagt vielmehr darüber, daß die Gehilfen selbständige Arbeiten ausführen und verschiedene Meister der Innung nicht betreten, wodurch ein gemeinsames Arbeiten an der Besserung der Lage nicht möglich sei. Den Herren sollte doch auch schon bekannt sein, daß die ungenügenden Lohnverhältnisse und die lange Arbeitslosigkeit hauptsächlich dazu beitragen, daß die Gehilfen, um sich über Wasser zu halten, zu Hufscharbeiten gedrängt werden. In Dellenhofen lagen die Verhältnisse schlechter als im Vorjahre.

Der Bericht der freien Malerinnung in Colmar lautet am ungünstigsten. Darnach war „der Geschäftsgang im Jahre 1908 sehr schlecht, weil die Bautätigkeit gegen andere Jahre viel geringer, die Konkurrenz der Filialen auswärtiger Gesellschaften viel größer und die Verwaltungen bei Vergabungen bei kleinen Preisabweichungen die ansässigen Handwerksmeister nicht berücksichtigten, vielmehr in mehreren Fällen, wo nur 12 bis 30 Mark Unterschied, die betreffenden Arbeiten den Filialen größerer Gesellschaften zur Ausführung übergaben. Deshalb war der Geschäftsgang auch schlechter wie im Vorjahre. Um möglichst sämtliche Malerarbeiten von Verwaltungen an sich zu bringen, drückten die Filialen N. N. und die Firma N. N. die bestehenden Preise 28 bis 60 Prozent herunter und arbeiten, da nicht Innungsmitglied, den Bestrebungen der Innungen, das Handwerk zu heben, auf jede mögliche Weise entgegen.“ Im Konkurrenzlaufe bleibt der kapitalkräftige Unternehmer gegenüber dem kleinen Innungsmeister der Sieger, da hilft alles Sammern und Klagen nichts; der Zug zur Konzentration des Kapitals ist auch in unserm Gewerbe bemerkbar und stattlich festgestellt. Die vielen tausende Kleinmeister führen doch nur eine Scheinexistenz, über die der hohle Innungszauber nicht hinwegtäuscht. Ueber die Hebung des Handwerks durch die Innungen brauchen wir an dieser Stelle kein Wort weiter zu verlieren.

Weiter meldet der Bericht, daß die Einkaufspreise der Rohmaterialien, Lack, Farbendole usw. durchweg gestiegen seien, eine Erhöhung der Preise für die gelieferten

Zum 70. Geburtstage unseres bewährten Vorkämpfers August Bebel

Sprechen wir dem Jubilair unsere herzlichsten Glückwünsche aus.

Wir sind überzeugt, daß alle unsere organisierten Kollegen sich diesen Glückwünschen aus vollem Herzen anschließen werden. Wir haben nicht nötig, viele Worte zu machen, denn die deutschen Klassenbewußten Proletarier wissen, was sie an Bebel haben. Sie kennen seine unverwundliche Arbeitsfreudigkeit im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes, sie kennen sein warmes Herz für die Unterdrückten und Entrechteten, sie kennen auch seine unwandelbare Treue gegen das deutsche Volk. Deshalb lieben sie August Bebel als ihren Führer und Freund, als den Hort des Rechts, als das leuchtende Vorbild eines Klassenkämpfers.

Besonders die gewerkschaftliche Bewegung hat alle Ursache, dem großen Führer dankbar zu sein, weil er einer der ersten gewesen ist, der in Deutschland für die Gewerkschaften eingetreten ist und sie gefördert hat. Und gerade in kritischen Zeiten hat er sein lebhaftes Temperament und seine Persönlichkeit in die Lag-schule geworfen, wenn es galt, der Gewerkschaftsbewegung die Bahn frei zu machen. Das wollen wir ihm nicht vergessen.

Und so wollen wir noch einmal unsere Glückwünsche wiederholen: Wüßte dem Jubilair ein ruhiger, glücklicher Lebensabend beschieden sein, den er wohl verdient hat nach all den Kämpfen seines bewegten Lebens.

ten Arbeiten wäre dagegen bei der starken Konkurrenz nicht möglich gewesen. Im Arbeitskräfte war nirgends Mangel, in Colmar herrschte infolge Arbeitsmangels Ueberangebot. Daß trotzdem eine Steigerung der Arbeitslöhne überall eingetreten sein soll (z. B. in Mühlhausen betrage der Stundenlohn 45—54 Pfg., in Saargemünd 45—55 Pfg., in Colmar 50—60 Pfg.), ist ja das allbekannte Lied, das durch seine stete Wiederholung nicht besser wird. „Hohe Löhne und zurückgehende Leistungsfähigkeit“ sind die Schlagworte der Unternehmer, wievohl die realen Tatsachen gerade das Gegenteil beweisen.

Danzig. Nachdem hier das Reichstaxtmuster sowie auch die Schiedssprüche von den Kollegen mit übergroßer Majorität abgelehnt wurden, nahm am Montag den 7. Februar eine gut besuchte Versammlung erneut Stellung zum Reichstaxtarif. In eingehender Weise wurde die Situation im Baugewerbe beleuchtet. Bedauernd wurde allgemein, daß es nicht gelungen ist, von den Arbeitgeberern bessere Bedingungen zu erlangen. Da die Arbeitgeber auch noch nicht einmal gewillt sind, das Wenige zu halten, halten es die Kollegen ebenfalls nicht für notwendig, daß dort, wo der Tarif keine Verbesserungen bringt, derselbe jetzt von unserer Seite zur Durchführung gebracht wird. Von der Generalversammlung erwarten die Kollegen eine andere Lösung dieser Frage. Zum Schluß wurde eine dementsprechende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen, die unser Delegierter auf der Generalversammlung vertreten möge.

Jahresbericht der Filiale Braunschweig nebst Zahlstellen für das Jahr 1909.

Das Jahr 1909 war für die Verwaltung ein arbeitsreiches. Es sind weder Mühe noch Kosten gescheut worden, um auch bei den indifferenten Kollegen Aufklärung zu schaffen. Wenn der Erfolg nur ein geringer war, so ist das zum großen Teile der Indifferenz der Kollegen zuzuschreiben. Die Versammlungen und Werkstatt-

besprechungen wurden im Durchschnitt von 25 Prozent der Kollegen besucht. Stattgefunden haben im Laufe des Jahres 125 Versammlungen, Werkstattbesprechungen, Vorstandssitzungen und Agitationsreisen. Ferner fand am Anfang des Jahres eine Konferenz der Vertrauensleute aus den Zahlstellen statt, um diese mit ihren Pflichten vertraut zu machen. In einer Reihe von Versammlungen wurden Vorträge belehrenden Inhalts gehalten; zur Bauarbeiterkonferenz delegierten wir ebenfalls einen Kollegen.

Der Mitgliederbestand war am Anfang des Jahres 322, am Ende des Jahres 332. Aufnahmen wurden 150 gemacht, doch geht stets ein großer Teil dadurch wieder verloren, daß er in Orte kommt, wo die Organisation noch keinen Fuß gefaßt hat und es daher an Aufklärung fehlt. Manche Kollegen finden es auch dann nur nötig, dem Verbandsbeitritt, wenn sie in Werkstellen kommen, wo eine strenge Disziplin herrscht. Hören sie dann auf, so gehen sie meistens wieder verloren. Der Mitgliederbestand setzt sich folgendermaßen zusammen: Braunschweig nebst Filiale 280, Wolfenbüttel 21, Goslar 18, Helmstedt 9 und Wittlingen 4, letztere Zahlstelle wurde im Laufe des Jahres gegründet.

Im Beitragsmarken wurden 16 407 Stück umgesetzt; ferner 674 Marken für die Arbeitslosenunterstützung. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 5934,85 Mk., die Ausgaben 3106,48 Mk., so daß noch 2828,37 Mk. abgefunden werden konnten. Die Einnahme der Filiale nebst ständeständ war 3952,24 Mk., die Ausgabe 1937,99 Mk., verbleibt für 1910 ein Kassenbestand von 2014,25 Mk. Vorkausungen waren 468, Ausgänge 1978 zu verzeichnen. Im Arbeitsnachweis waren 270 offene Stellen ausgeschrieben; eintragen ließen sich 260 Kollegen, vermittelt wurden 154 Kollegen. Aus der Bibliothek wurden 269 Bände entliehen.

In Braunschweig war die Arbeitslosigkeit infolge geringer Bautätigkeit recht gering und hatten wir Mitte November schon 85 Arbeitslose zu verzeichnen. Die im Frühjahr aufgenommene Lohnstatistik ergab einen Durchschnittslohn von 47,6 Pfg. In Wolfenbüttel, wo im Frühjahr die Arbeitslosigkeit recht günstig war, hatten die Kollegen leider nicht den Mut, den Tarif zu kündigen, trotzdem hier ein Erfolg voraussichtlich leicht zu erlangen war. Bedauerlicherweise ist hier die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen noch sehr am Platze und haben es die Kollegen noch nicht eingesehen, daß nur durch Entgelt und gute Organisation vor den Unternehmern etwas erreichen können. In Goslar war durch Unredlichkeiten des Kollegen Meyer die Zahlstelle ziemlich in die Brüche gegangen und bedurfte es sehr reger Aktion, um dort wieder geordnete Verhältnisse einzuführen. In Helmstedt hat sich die Mitgliederzahl gehalten, leider konnte für die dortigen Kollegen noch nichts herausgeschlagen werden, da die größte Werkstatt (Stöber) ausschließlich nur Gelbe beschäftigt. In Harzburg, wo die Saison nur von kurzer Dauer, konnte infolge gestärkter Kollegen in diesem Jahre die Zahlstelle nicht richtig in Schwung kommen.

Hoffen wir, daß durch den Abschluß des Reichstaxtarifs in diesem Jahre die Filiale einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat und wir dann im nächsten Jahre günstiger berichten können. W. W.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Verschmelzung der Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands setzt. Mit großer Mehrheit wurde auf den dieser Tage stattgefundenen Verbandstagen beider Verbände die Verschmelzung beschlossen. Zuvor beschlossen die Organisationen, angesichts der bevorstehenden Lohnkämpfe die Beiträge zu erhöhen. Die Erhöhung des Beitrags fließt ungeschmälert in die Hauptkasse. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde der ungeheuren Kosten wegen für undurchführbar bezeichnet und abgelehnt.

Ein typisches Bild kommunaler Entwicklung. Welchen hohen Wert der Municipalsozialismus für die Finanzgestaltung und somit auch für die Entwicklung der Kommunen überhaupt ersangt, zeigt folgende Uebersicht aus dem neuesten statistischen Jahrbuch der Stadt Dresden. Danach betragen in dieser Stadt pro Kopf eines Einwohners

Jahr	Einnahmen-Ueberschüsse vom Vermögen	Ueberschüsse überhaupt der Betriebe	Haupt-Einnahmen aus den hauptsächlichsten Steuern für die politische Gemeinde	für die Schulgemeinde
1891	6,51	3,20	13,99	6,53
1896	6,10	3,61	17,59	7,03
1900	7,11	4,77	18,90	7,45
1902	8,15	5,73	17,90	7,23
1904	8,92	6,65	16,89	9,13
1906	9,53	7,69	15,21	9,61
1907	10,97	8,62	15,20	9,96

Die reinen Ueberschüsse aus den eigenen Betrieben und dem Besitz der Gemeinde sind also heute bereits größer als die Steuern für die Schulgemeinde und betragen 2/3 der Steuern für die politische Gemeinde. Die Steuern für die politische Gemeinde von 1900 verhalten sich zu den Steuern von 1907 wie 19 zu 15, sind also wesentlich geringer geworden. Das Verhältnis der Ueberschüsse aus den Betrieben ist dagegen aber wie 5 zu 9. In der genannten Zeit sind die Ausgaben für alle kommunalen Einrichtungen pro Kopf der Bevölkerung wesentlich größer geworden, zum Teil um das Doppelte und mehr. Für Unterhaltung und Reinigung der Straßen wurden 1891 nur 2,86 M pro Kopf ausgegeben, 1909 aber 5,29; die Ausgaben für das Armenwesen stiegen von 8,19 auf 10,08, für Beleuchtung von 1,42 auf 2 M pro Kopf usw. Wohl stieg die Anleihe-schuld von 20 auf 149 Millionen, aber das Vermögen der städtischen Betriebe ist auch von 17 auf 100 Millionen und das nach Abzug aller Schulden verbleibende Nettovermögen von 25 auf 63 Millionen oder pro Kopf der Bevölkerung von 1,01 auf 11,6 M gestiegen. In der alten Abhängigkeit von den kapitalistischen Unternehmungen hätten die Städte eine solche Entwicklung nicht nehmen können.

Wieder ein Schritt zur Vergesellschaftung der Güter-erzeugung. Die ungarische Stadt Budapest hat im August v. J. eine Brotfabrik eröffnet, um ihren Bewohnern reines, schmackhaftes und billiges Brot zu liefern. Die Fabrik ist nach der Schilderung eines Sachkenners in jeder Hinsicht mitterhaft. Ein einfaches Fabrikwesen

von 1617 Quadratmeter Grundfläche enthält in der Mitte ein dreistöckiges Hauptgebäude, rechts und links geräumige Höfe mit Nebengebäuden. Die Arbeitsräume sind hell und hell, die Wände mit Kacheln belegt, der Fußboden betoniert. Maschineneiherbeit spielt die Hauptrolle. Das Mehl, aus dem das feine, wohlgeschmeckende „städtische“ Brot erzeugt wird, kommt beinahe gar nicht mit menschlichen Händen in Berührung. Bevor die Arbeiter die Arbeit beginnen, waschen sie sich und ziehen die weißen Gewänder an, die sie von der Fabrik erhalten und die neben den Waschräumen in besonderen Kästen hängen. In gewissen Zeiträumen kommt der städtische Arzt zur Untersuchung des Personals. Die verhältnismäßig gut bezahlten Arbeiter arbeiten mit einer viel größeren Lust, mit einer viel größeren Gewissenhaftigkeit als die, die gezwungen sind, bei einem Bäckermeister im schlecht gelüfteten, engen Arbeitsraum um kleinen Lohn zu arbeiten. Sie wissen, daß sie in der städtischen Fabrik soziale Arbeit leisten, indem sie das gute und billige Brot für ihre Mitmenschen, für die anderen armen Menschen erzeugen, bei denen das Brot das Hauptnahrungsmittel bildet.

Zweck der Fabrik ist Wettbewerb um Erzeugung eines guten, billigen Brotes. Die ersten Tage der Tätigkeit der Fabrik bewiesen, wie gut sie ihrer Bestimmung entsprechen kann. Bei einer Höchstleistungsfähigkeit von 25 000 kg den Tag erzeugte sie in den ersten Tagen nur je 10 000 bis 12 000 kg. Doch wurde ihr Einfluß auf die Brotpreise gleich sichtbar. Am dem Tage, da zum erstenmal behördliches Brot verkauft wurde, waren die allgemeinen Brotpreise in Budapest die folgenden: 1 kg weißes Brot kostete 50, halbbraunes 44 und braunes 36 Heller. Die Stadt verkaufte ihr weißes um 34, ihr halbbraunes um 30 und ihr braunes Brot um 26 Heller. Die Unterschiede waren zum Nutzen der behördlichen Preise 16, 14, 10 Heller. Das ist ein ungeheurer Unterschied. Die Bäcker waren auch gleich genötigt — blutenden Herzens — ihre Preise um 6 bis 8 Heller herabzusetzen. Denn nach behördlichem Brot war eine ungeheure Nachfrage. Die Menschen bestürmten die Buden, in denen das Brot verkauft wurde. In einigen Plätzen mußten sogar Polizeifürsorge annehmen.

Die Brotfabrik hat sich als Regulator der Brotpreise gezeigt. Es war höchste Zeit. Die Kartellierungsbewegung der Bäckermeister und die Untersuchungen des chemischen Instituts, die bewiesen, daß es möglich sei, ein Brot 20 Proz. von Wasser und Kartoffeln hineinzumischen, machten eine solche Fabrik dringend notwendig. Sie hat bewiesen, daß man auch ein mäßiges Preis gutes Brot erzeugen kann. Denn die Stadt zahlt natürlich bei ihrer Produktion nichts drauf. Ihre Betriebskosten sind nicht gering und unbedingt größer als jene der Privatunternehmungen, und sie kann und doch so bedeutend billigeres Brot geben als die Bäckermeister. Man kann sich leicht vorstellen, mit wie großem Nutzen diese gearbeitet haben. Die gegenwärtige Erzeugung von täglich 25 000 kg Brot für eine Stadt mit mehr als 800 000 Einwohnern ist nicht viel. Die Produktion kann man aber sehr leicht erweitern.

Die Errichtung der Fabrik kostete der Stadt Budapest 611 000 Kronen. Sie steht unter der Aufsicht eines städtischen Ausschusses von zwölf Mitgliedern. Für die Leitung selbst ist ein Unteranschuß von drei Mitgliedern bestellt. Trotzdem hat der Betriebsvorsteher eine ziemlich große Selbstständigkeit. Dem Ausschusse sind angeschlossen die Eigentümer, Direktionsmitglieder, Angestellten solcher Unternehmungen, die mit der Brotfabrik im Vertragsverhältnis stehen. Der Fabrik steht als Geschäftskapital bei der Gemeindefasse ein Kredit von 50 000 Kronen zur Verfügung.

Wir möchten anderen Gemeinden zurufen: Vivant sequentes! Es leben die Folgenden!

Ein gescheiterter Fleischboycott. Die Fleischpreise in Nordamerika sind infolge einer Umgestaltung der für das ganze Land ausschlaggebenden Großschlachtereien von Chicago im letzten Jahrzehnt außerordentlich gestiegen, ohne daß diese Erhöhung den produzierenden Landwirten zugute gekommen wäre. Der ganze Gewinn soll dem als National Packing Company bezeichneten Fleischtrust zugefallen sein. Unter dem Einfluß dieses Trusts haben sich von 1896 bis 1909 die Preise des kalten Schweinefleisch von 19 auf 26,5 Dollar, also um 39,5 Prozent, die Preise des Rindfleisch Speck von 10 auf 14,65 Dollar, also um 46,5 Proz. gesteigert. Gegen diese Preissteigerung hat nun plötzlich und anstehend ohne jede planmäßige Vorbereitung die gewaltige Fleischboycottbewegung eingesetzt, die Mitte Januar im Westen des Landes beginnend, rasch auch die großen Städte des Ostens ergriffen hat und angeblich schon Millionen von Teilnehmern zählte. In Boston, Newyork und Baltimore soll es bereits vielfach zur Schließung von Fleischläden und zum Sinken der Preise gekommen sein.

Wie nunmehr gemeldet wird, ist der Fleischboycott auf der ganzen Linie gescheitert. Die alten Preise sind wieder in Kraft getreten und das Publikum ist dem Fleischtrust auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Traurig, aber wahr.

Die Polizeivollstreckung in Theorie und Praxis. In seiner ersten Rede im preussischen Landtage erklärte der Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg, daß in Preußen von einer Polizeivollstreckung nichts zu merken sei. Ich kenne keine Gesetzgebung in der ganzen Welt, die gleich der preussischen das Dreiklassenparlament, den Rechtsstaat in der genauesten Weise auszubilden gesucht hat und fast jede politische Verfügung mit den Schutzmannen dreier Instanzen von Verwaltungsgerichten umgeben hätte. Wir sind darin so weit vorgeschritten, daß wir damit eine neue Art bürokratischer Unständlichkeit und Willkür geschaffen haben, nach deren Befestigung man jetzt um Hilfe ruft.

Als Illustration zu dieser Praxiserörterung weisen wir hin auf die Polizeilandale, die sich ein paar Tage vorher in Breslau abgespielt haben. Die Arbeiter machten von ihrem Rechte, auf die Straße zu gehen, Gebrauch, wurden aber von den willkürlich eingesetzten Polizeifürsorge mit den Säbeln bearbeitet. Wie diese Organe des Rechtsstaates vorgegangen sind, ergibt sich aus einem Bericht des „gutmütigen“, staatsstreuen „Breslauer Generalanzeiger“, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Bei einem solchen Vorgehen hört beim doch alles auf. Selbst die Bewohner eines Hauses sind nicht mehr sicher, unter ihrem Dache niedergemetzelt zu werden. Ist das die Freiheit eines deutschen Bürgers, sind wir soweit schon in Bres-

lau angelangt? Wie kam vor allem, fragen wir entschieden und nachdrücklich, der Polizeibeamte dazu, auf privatem Boden den Säbel zu ziehen, wo niemand an Demonstration dachte, wo niemand einmal einer ruhigen Aufforderung, sich zu zerstreuen, den geringsten Widerstand entgegenzusetzen hätte?! Wir sprechen es aus, und das ist keine Übertreibung: Ein Hirte, der die miserabelste Viehherde so herumjagte wie gestern die Polizei harmloses Publikum, würde nicht einen Tag in seinem Amte bleiben, und das von Rechts wegen!

Andere hätten den Unsinn, bei dem Wahrscheinlich auch dem friedlichsten Bürger das Blut siedehet zu Kopf steigen konnte, als arge Provokation empfunden und sich vielleicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Aber auch in den Augen der äußerlich ruhigen blühte es auf. „Sind wir vielleicht Sinecure, sind wir gemeingefährliche Individuen!“ sprach es daraus. Das Trottoir ist für Fußgänger da. Wenn ein müder Bäckerjunge es mit seinem Semmelkorb bestreift, wird er bestraft, die hohe Polizei benutzt es zu Mitteln, deren Notwendigkeit wir nicht einzusehen vermögen. „Wissen wir uns das wirklich bieten lassen?“ fragt sprachlos der Bürger, aus dessen Tasche doch die Polizei bezahlt wird. Wir bestreiten das.

Diesem Protest eines verärgerten Spießbürgers, der die vielgerühmten preussischen Rechtsgarantien am eigenen Leibe verspürt hat, haben wir nichts hinzuzufügen. Vielleicht wäre es angebracht, wenn der Reichsanwalt sich auch einmal in die Behandlung eines preussischen Polizeifürsorge begäbe, um die preussischen Rechtsgarantien kennen zu lernen.

Ein höhrender Bäckermeister. Die Brotkonjunktur in der hannoverschen Stadt Diepholz sind empört und erklären, daß man sich genötigt sehe, wenn das Brot nicht bald billiger werde, andere Mittel zu ergreifen. Darüber höhnt nun ein Bäckermeister folgendermaßen: „Jetzt wird es der Bäckermeister in Diepholz wohl schlecht gehen. „Man“ ist gezwungen, eine Brotmiederlage zu errichten; „man“ sieht sich veranlaßt, eine Genossenschaftsbäckerei zu gründen. Unserer Meinung nach werden diese Maßnahmen den erwünschtesten Erfolg wohl nicht zeitigen, und mitteilbar, wie wir nun einmal sind, raten wir den Unzufriedenen, zu einem anderen Hilfsmittel zu greifen. Habt ihr denn noch nicht an den Wohlstand gedacht? Warum eßt ihr überhaupt noch Brot? Gibt es nicht genug andere Sachen, um sein Leben zu fristen? Stavari und Champagner — andere plebejische Genüsse fallen mir gerade nicht ein — tun es doch auch! Also fort mit dem teuren Brot, haltet fest und treu zusammen, ihr Armen und Bedrückten, und zeigt den „unber...“ Bäckermeistern, daß man auch ohne das gewöhnlichste aller gewöhnlichen Nahrungsmittel leben kann. Niemand esse Brot!“

Dieser freche Wacktrags-Krauter wird auch mal erfahren, daß man darum noch nicht des Brotes zu entbehren braucht, daß man die Bäckermeister beiseite schiebt. Das Brot ist allerdings unentbehrlich, die Bäckermeister aber sind heutzutage sehr leicht zu entbehren.

Baugewerbliches.

Winteraufkontrolle in München. Winteraufkontrolle wurden 271 Bauten, von denen in 114 die Innenarbeiten vor sich gingen. Von sämtlichen Bauten sind nur 5 Berufsbebauungen zu verzeichnen. Ein Erfolg, den wohl keine deutsche Großstadt aufzuweisen hat, der einzig und allein den Baukontrollleuten aus Arbeiterkreisen zu verdanken ist. Herr Volgt, der Vorsitzende der bayerischen Baugewerkschaften, wird an diesem Resultat jedenfalls keine große Freude haben, denn nach ihm sind die Arbeiter unfähig zum Kontrollleur. In mangelhaftem Gerüstmaterial für Innenarbeiten (Maler, Ofenbauer, Stukkateure, Tischler usw.) sind 11 Bauauftragungen zu verzeichnen.

In bezug auf Einhaltung der Bundesratsverordnung vom Juni 1905 (sog. Bleiwertverordnung) bleibt so ziemlich alles zu wünschen übrig. So waren nur auf 26 Bauten Wasserzähler, Seltse auf 31, Handbücher auf 29, Nagelbüchsen auf 28 Bauten vorhanden. Auf 3 Bauten wurde festgestellt, daß die Kollegen 50 Pfg. Pfand geben mußten für Handtücher und Nagelbürste, was direkt gesetzwidrig ist.

Trinkwasser fehlte auf 22 Bauten. Rostfeuer wurden auf 12 Bauten festgestellt, trotzdem laut oberpolizeilicher Vorschrift die Verwendung von offenen Rostfeuern verboten ist. Der Abortanlage wird viel zu wenig Beachtung geschenkt. Auf 3 Bauten waren überhaupt keine vorhanden. Und bei 38 waren entweder das Dach oder die Seitenwände nicht wetterdicht. 117 Bauten hatten keine Wasseranlage. Von den 271 Bauten wurden 259 von den städtischen Kontrollleuten kontrolliert. Die übrigen waren Staatsbauten, zu denen der Kontrollleur keinen Zutritt hat. Bei 74 Bauten konnte festgestellt werden, daß der Aufsichtsbearbeiter der bayerischen Baugewerkschaft während der Ausführung einmal kontrolliert hatte, während die städtischen Kontrollleure jeden Bau beinahe täglich besuchten. Und trotz der scharfen Kontrolle verstoßen es die Unternehmer doch noch, die Bauarbeiterbestimmungen zu umgehen. Daß auf dem Lande und in den kleinen Städten, wo keine Kontrollleure aus Arbeiterkreisen vorhanden sind, der Bauarbeiterbeschütz sehr im argen sein muß, beweist der Umstand, daß die bayerische Baugewerkschaft während der Ausführung einmal kontrolliert hatte, während die städtischen Kontrollleure jeden Bau beinahe täglich besuchten. Und trotz der scharfen Kontrolle verstoßen es die Unternehmer doch noch, die Bauarbeiterbestimmungen zu umgehen. Daß auf dem Lande und in den kleinen Städten, wo keine Kontrollleure aus Arbeiterkreisen vorhanden sind, der Bauarbeiterbeschütz sehr im argen sein muß, beweist der Umstand, daß die bayerische Baugewerkschaft während der Ausführung einmal kontrolliert hatte, während die städtischen Kontrollleure jeden Bau beinahe täglich besuchten.

Abrechnung der Zentralkommission für Bauarbeiterbeschütz.

Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 15. Januar 1910.

Einnahme.		Ausgabe.	
	N		N
Rassenbestand vom Jahre 1908	503	11	
Vom Zentralvorstand der Bauarbeiter für Beiträge	1425	36	
„ „ „ Dachbeder „ „	30	—	
„ „ „ Glaser „ „	128	06	
„ „ „ Holzarbeiter „ „	94	84	
„ „ „ Maler „ „	140	—	
„ „ „ Maurer „ „	780	18	
„ „ „ Metallarbeiter „ „	3851	64	
„ „ „ Steinarbeiter „ „	480	—	
„ „ „ Stukkateure „ „	383	52	
„ „ „ Tischler „ „	208	06	
„ „ „ Zimmerer „ „	160	82	
„ „ „ „ „ „	120	—	
„ „ „ „ „ „	1087	90	
Vom der Bauarbeiterbeschützkommission in Mannheim	51	40	
Summa	9444	89	
Pol. 1. Für Gehalt des Sekretärs	2800	—	
„ 2. „ Hilfsarbeit im Bureau	114	05	
„ 3. „ Beitrag a. d. Unterstützungsvereinigung	36	—	
„ 4. „ Agitation u. Vertretung a. Konferenzen	1092	10	
„ 5. „ Drucksachen	3718	20	
„ 6. „ Buchbinderarbeit	5	28	
„ 7. „ Literatur und Zeitungssubskription	273	47	
„ 8. „ Schreibmaterialien	33	05	
„ 9. „ Porto und Postgebühren	217	17	
„ 10. „ Sitzungsentgelt	48	75	
„ 11. „ Bureaukosten, Reinigung usw.	380	—	
„ 12. „ Beitrag an die „Gesellschaft für soziale Medizin“	10	—	
„ 13. „ Feuerversicherung	5	40	
„ 14. „ 14 eiserne Kleiderkränze u. 1 Wascheinrichtung	287	—	
„ 15. „ 1 Franz, etliche photographische Aufnahmen usw.	21	80	
Rassenbestand für 1910	424	65	
Summa	9444	89	

Bilanz.

Einnahme N 9444.89
Ausgabe „ 9020.24
Bestand N 424.65

Hamburg, den 24. Januar 1910.

Revidiert und für richtig befunden:
Otto Franz, Gust. Mohr, Revisoren.

Otto Friedrich, Kassierer.
Hamburg, Besenbinderhof 57.

achtung geschenkt. Auf 3 Bauten waren überhaupt keine vorhanden. Und bei 38 waren entweder das Dach oder die Seitenwände nicht wetterdicht. 117 Bauten hatten keine Wasseranlage. Von den 271 Bauten wurden 259 von den städtischen Kontrollleuten kontrolliert. Die übrigen waren Staatsbauten, zu denen der Kontrollleur keinen Zutritt hat. Bei 74 Bauten konnte festgestellt werden, daß der Aufsichtsbearbeiter der bayerischen Baugewerkschaft während der Ausführung einmal kontrolliert hatte, während die städtischen Kontrollleure jeden Bau beinahe täglich besuchten. Und trotz der scharfen Kontrolle verstoßen es die Unternehmer doch noch, die Bauarbeiterbestimmungen zu umgehen. Daß auf dem Lande und in den kleinen Städten, wo keine Kontrollleure aus Arbeiterkreisen vorhanden sind, der Bauarbeiterbeschütz sehr im argen sein muß, beweist der Umstand, daß die bayerische Baugewerkschaft während der Ausführung einmal kontrolliert hatte, während die städtischen Kontrollleure jeden Bau beinahe täglich besuchten.

Arbeiterversicherung.

Abermalige Abnahme der Rentenbewilligungen. Nach einer Mitteilung des Reichsversicherungsamtes wurden von den 31 Invaliden-Versicherungsanstalten und den 10 zugelassenen gleichberechtigten Statten-einrichtungen bewilligt:

	Inv.-Renten	Krankenrenten	Altersrenten	zusammen
1908	116 852	11 951	10 986	139 789
1909	115 264	12 713	11 003	139 080

— 1588 + 762 + 17 — 709
Das ist also trotz der Bevölkerungszunahme eine abermalige Verminderung der Rentenbewilligungen. Auch die Zunahme der Krankenrenten bei gleichzeitiger Abnahme der Invalidenrenten ist ein für die Versicherer ungünstiges Zeichen. Die Krankenrenten sind bekanntlich jene Renten, die bei vorwiegend nicht dauernder Invalidität nach 26wöchiger Dauer derselben auf jeberzeitigen Widerruf gewährt werden, wogegen die Invalidenrenten für die dauernde Invalidität vorgesehen sind und vom Beginn derselben ab, also auch neben dem Krankengeldbezug geleistet werden sollen. Mit der vermehrten Festsetzung von Krankenrenten sparen die Versicherungsanstalten nur, weil diese von einem späteren Zeitpunkt an zu beginnen haben als die Invalidenrenten.

Die höchste Rentenzahl wurde im Jahre 1908 festgelegt, nämlich 174 578. Dann setzte die „Rentenquetsche“ ein. In den folgenden Jahren ging die Zahl der bewilligten Renten fortgesetzt zurück. Die oben angegebene Zahl der im Jahre 1909 bewilligten Renten ist um 33 448 (!) geringer als jene vom Jahre 1908. Die wenigsten Renten sind im Jahre 1906 festgesetzt worden, nämlich 134 056 oder 5024 weniger als 1909. In den letzten vier Jahren sind die Unterschiede in den Rentenbewilligungen gering gewesen. Das Jahr 1909 ist wieder das erste mit einem Rückgange.

„Gewöhnung an die Unfallfolgen“.

A. Bekanntlich trachten die Berufsvereinigungen danach, die „kleinen Renten“ möglichst in Wegfall zu bringen. Auch der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung nimmt zu dieser in den letzten Jahren lebhaft erörterten Frage Stellung. Von einer grundsätzlichen Bewilligung der kleinen Renten, wie sie natürlich schon vielfach — namentlich im preussischen Winterparlament — befürwortet worden ist, steht die Vorlage zwar ab; jedoch hofft man auf anderem Wege auch zum Ziele zu gelangen.

Die §§ 654 und 655 der Reichsversicherungsordnung gehen von dem Gedanken aus, daß Folgen eines Unfalles, die mit Renten bis zu 20 Prozent entschädigt werden, vielfach in einer von vornherein überschaubaren Zeit durch „Anpassung und Gewöhnung“ in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wegfallen oder sich doch wesentlich mildern. In solchen Fällen läßt der Entwurf zu, daß bei der ersten Feststellung die Rente von vornherein nach der voraussichtlichen Dauer der Einbuße an der Erwerbsfähigkeit nur auf eine bestimmte Zeit bewilligt wird. Bleibt dann entgegen der Voraussetzung über diese Zeit hinaus eine mehrere Einbuße an der Erwerbsfähigkeit als Folge des Unfalles zurück, so steht

es dem Verletzten frei, die fernere Gewährung der Rente zu verlangen. Um weiter dem Bezuge der Unfallrente neben dem Bezuge des vollen Lohnes, wie ihn der Verletzte ohne den Unfall beziehen würde, entgegenzuwirken, sieht der § 704, Ziffer 2, für solche Fälle und für die Zeit, solange das zutrifft, insoweit ein Nutzen der Rente vor, da dann der Verletzte durch die Folgen des Unfalls in seinem Erwerb nicht geschädigt sei. In ähnlicher Weise sieht der § 704, Ziffer 3, dem entgegenzutreten, daß der Rentenempfänger auf Kosten der Berufsgenossenschaft geeignete Gelegenheit zur Voharbeit ohne triftigen Grund unbenutzt läßt. Auch in solchen Fällen ruht die Rente insoweit, als sie zusammen mit dem veräumten Verdienste den Lohn übersteigt, den der Rentenempfänger ohne den Unfall beziehen würde. Dies sind ausnahmslos Verschlechterungen gegenüber dem heutigen Rechte. Als weitere Verschlechterung ist dann noch zu erwähnen die Kapitalbindung für Renten bis zu 20 Prozent, die ohne Antrag des Verletzten vorgelesen. Heute kann die Abfindung nur auf Antrag des Verletzten erfolgen. Ebenso darf die Rente nicht höher wie 15 Prozent sein.

Trotzdem die Reichsversicherungsordnung noch keine Gesetzeskraft erlangt hat und auch noch gar nicht voranzufahren ist, ob und wann sie zum Gesetz erhoben wird, so müssen die Verletzten unter den jetzigen Unfallversicherungsgesetzen ebenfalls jeden Augenblick mit der Kürzung oder Entziehung der „kleinen Renten“ rechnen. Hierfür kommt heute der § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in Betracht. Der Absatz 1 besagt: „Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine anderweitige Feststellung erfolgen.“ Die Anwenbarkeit des § 88 ist bei Verletzten namentlich dann gegeben, wenn deren Gesundheitszustand, soweit er mit dem Unfall in ursächlichem Zusammenhang steht, in einem die Erwerbsfähigkeit beeinflussenden Maße sich bessert oder verschlechtert. Die Besserung muß ferner eine für die Erhöhung der Erwerbsfähigkeit wesentliche sein. Für die Anwendung des § 88 bildet aber keine Grundlage der Umstand, daß ein in seiner Erwerbsfähigkeit tatsächlich geschädigter Verletzter in einer anderen Stellung ein höheres Einkommen als in dem Betriebe bezieht, in welchem er verunglückte. Bei der schwebenden Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamts sucht man mit der Höhe des Lohnes natürlich immer die etwaige Kürzung oder Entziehung zu rechtfertigen.

Ebenso spielt der Begriff „Gewöhnung an die Unfallfolgen“ eine große Rolle. Während im Jahre 1908 die Sektion I der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu Hannover bereits eine Zusammenstellung von Entscheidungen des Reichsversicherungsamts über Finger- und Augenverletzungen mit Gegenüberstellung der betreffenden Schiedsgerichtsurteile herausgegeben hat, ist jetzt im Verlage der Firma L. Schwann in Düsseldorf vom dortigen Landes-Medizinalrat, Professor Dr. Lingner in Düsseldorf, eine Zusammenstellung von Finger- und Handverletzungen nach den neuesten Entscheidungen des Reichsversicherungsamts erschienen.

In seiner Einleitung betont der Herr Professor, daß eines der wichtigsten Kapitel in der Unfallchirurgie die Art der Behandlung von Verletzungen der Arbeiterhand bilde. Finger- und Mittelhandverletzungen bilden über 40 Prozent der gemeldeten Unfälle, bei einzelnen Berufsgenossenschaften, z. B. bei den Holzberufsgenossenschaften ist dieser Prozentsatz noch weit höher. Für die Folgen derartiger Hand- und Fingerverletzungen würden nun ständig außerordentlich hohe Rentenbeträge bezahlt, z. B. von der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft allein pro Jahr 500 000 Mark, bei den Rheinischen Berufsgenossenschaften zusammen annähernd wohl das Zehnfache. Viele dieser Unfälle auf mangelhafte Unfallversicherungsbedingungen zurückzuführen sind, ist aus der genannten Broschüre nicht zu sehen. Nachdem die Behandlung usw. der Finger- und Handverletzungen einer Betrachtung unterzogen, kommt Prof. Lingner dann auch auf die Gewöhnung an die Folgen derartiger Fingerverletzungen zu sprechen. Durch Gewöhnung soll im Laufe der Zeit eine ganz erhebliche Hebung der Gebrauchsfähigkeit der Hand eintreten. Die Unfallfolgen frühzeitig als dauernd zu bezeichnen, möge der Arzt in seinem Gutachten vermeiden.

Der Herr Professor betont, daß er im Laufe der letzten Jahre Tausende von allen Fingerverletzungen untersucht und begutachtet und bei ihm erheblichen Verhältnismäßigkeiten und wesentlichen Verfestigungen wichtiger Finger eine derartige Gewöhnung habe feststellen können, daß die Leute ihre frühere Arbeit, es waren selbst höher ausgebildete Arbeiter, wie Tischler, Schlosser, Schmiede, ferner Frauen darunter, ohne jede Minderung der Arbeitsfähigkeit verrichten konnten. Diese Verletzten sollen bei Ausübung der früheren Arbeit denselben Lohn wie vor dem Unfall, sogar zum Teil einen wesentlich höheren verdient haben. Ein verlorenes Daumenglied, ein verlorenes Mittel-, Ring- oder Kleinfinger hatten nach Ansicht des Professors dauernd keinen wesentlichen Nachteil zur Folge, ebenso sei selbst bei Verlust von Zeigefinger und von Ring- und Grundglied des Daumens, sowie von Verlust mehrerer Finger eine völlige Ausheilung der Gebrauchsfähigkeit beobachtet worden. Die Schiedsgerichte wie auch das Reichsversicherungsamt nehmen nun immer mehr den Eintritt einer wesentlichen Besserung infolge „Gewöhnung“, namentlich beim Verlust von Fingern resp. Fingergliedern, an. Diese Art Rechtsprechung bezeichnet der Herr Professor als eine durchaus richtige und ethisch freie. Denselben Standpunkt nehmen heute leider eine ganze Anzahl Ärzte ein, namentlich solche, die in ihrer Eigenschaft als Vertrauensärzte beim Schiedsgerichte ausschließlich noch als Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften fungieren.

In welcher Weise nun die Rentenentziehungen vorzunehmen werden, darüber einige Beispiele: Einem Tischler entzog das Reichsversicherungsamt für den Verlust des rechten Ringfingers die Rente, da angenommen werden müsse, daß gegenwärtig vollkommene Anpassung und Gewöhnung an den veränderten Zustand eingetreten und die sonst vom Ringfinger geleistete Arbeit von den anderen Fingern der rechten Hand übernommen worden ist. Den Verlust des Kleinfingers der rechten Hand hatten u. a. ein Maschinenbauer, ein Dreher, ein Hilfsarbeiter, eine Frau usw. zu beklagen und in

allen diesen Fällen erfolgte nach kürzerer oder längerer Zeit die Entziehung der Rente. Ebenfalls erfolgte die Aufhebung der Rente beim Verlust des linken Ringfingers einem Holzbildhauer, Tischler, Eisen-dreher usw. gegenüber. Nach kurzer Zeit erfolgte beim Verlust des Kleinfingers der linken Hand die Entziehung der Rente bei einem Schlosser, Dreher, Tischler usw., also alles qualifizierte Arbeiter. Heute will man beim Verlust des Kleinfingers der linken sowie auch der rechten Hand, ebenso des linken Ringfingers Rente überhaupt nicht gewähren. Die Gewöhnung an den Zustand wurde weiter noch angenommen bei einem Dreher und Zimmerer, die den linken Mittelfinger eingebüßt und dafür eine Zeit lang Rente bezogen hatten. Ein Schlosser und Drehschleifer hatten an rechten Mittelfinger den Verlust von je zwei Gliedern zu beklagen. In beiden Fällen erfolgte die Aufhebung der Rente. Selbst beim Verlust von zwei Gliedern des rechten, sowie des linken Zeigefingers entzog das Reichsversicherungsamt die Rente einem Klempner, Arbeiter, Tischler, Dreher usw. Das erste Glied des rechten Daumens hatte ein Maurer eingebüßt. Bei ihm wurde Gewöhnung angenommen und somit die Rente entzogen. Dasselbe geschah einem Zimmerer, Maschinenarbeiter und Schlosser gegenüber beim Verlust des ersten Gliedes des Daumens der linken Hand.

In welcher Weise die Berufsgenossenschaften heute vorgehen, dafür zum Schluß noch ein Beispiel: Ein Arbeiter hatte sämtliche Finger bis auf den Daumen der rechten Hand eingebüßt. Hierfür bezog er eine Rente von 60 Prozent, die ihm laut Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 11. März 1907 um 10 Prozent, also bis auf 50 Prozent, gekürzt wurde. Es wurde angenommen, daß der Kläger sich in wesentlichen Umfang an die Unfallfolgen „gewöhnt“ habe. So sehen wir leider, wie die „angenommene Gewöhnung“ immer mehr bei den Renten Kürzungen und Entziehungen herhalten muß. Aufgabe des Reichstages wird es sein, beim Wiedereintragen der Reichsversicherungsordnung darauf zu achten, daß die Rechtsprechung ansatz noch mehr verschlechtert, eine Verbesserung erfährt.

Genossenschaftliches.

Kapitalistischer Widerstand. Die deutsche Pakt-industrie, die bei ihrem Weltmonopol die Dünge-salze für die Landwirtschaft aller Länder liefert, kann sich heute, durch die Syndikatspolitik künstlich zurückgehalten, nicht zu ihrer vollen volkswirtschaftlichen Höhe entwickeln. Eine Handvoll Großkapitalisten und Agrarier, an ihrer Spitze der preussische Fiskus, haben die Entwicklung in der Richtung beeinflusst, daß heute die durchschnittliche Syndikatsbeteiligung der einzelnen Werke von Jahr zu Jahr geringer wird, obwohl die Gesamt- absatziffer von Jahr zu Jahr steigt. Es hängt dies damit zusammen, daß die unverschämten hohen Preise, die das Syndikat festlegt, die Rentabilität der Werke künstlich steigern, sodaß sich immer neues Kapital in die Stahlindustrie drängt, während doch auf der anderen Seite durch eben diese hohen Preise die normale Steigerung des Absatzes verzögert wird. Die Kapitalisten sind eben nur an einem möglichst hohen Profit interessiert. In der nachstehenden Tabelle haben wir für das achtzig-prozentige Chlorkalkium, das wichtigste Produkt des Stahlsyndikats, die Absatziffern, die Zahl der beteiligten Werke und die demnach auf jedes einzelne Werk kommende Durchschnittsquote von 1900 bis 1908 zusammengestellt.

Jahr	Absatz des Syndikats	Anzahl der Werke	Durchschnitts- quote pro Werk
1900	1 854 418 dz	12	154 535 dz
1901	1 905 729 "	14	136 123 "
1902	1 688 556 "	20	84 328 "
1903	1 891 006 "	24	78 792 "
1904	2 171 202 "	28	77 543 "
1905	2 470 495 "	29	85 189 "
1906	2 526 648 "	32	78 958 "
1907	2 628 750 "	35	75 107 "
1908	2 806 333 "	41	68 447 "

Es zeigt sich ganz deutlich, daß die Werke, deren Zahl sich von Jahr zu Jahr vermehrt, eine immer geringere Förderquote vom Syndikat zugeleitet bekommen. Die Produktionsmöglichkeit der Werke und ebenso ihre Absatzmöglichkeit bei vernünftigen Preisen ist in Wirklichkeit viel größer; sie kommt nur nicht zur vollen Entfaltung, weil die Preispolitik des Syndikats und seiner Anteilhaber es nicht zulassen. Die weitere Folge ist, daß, wie jetzt im Syndikatsvertrag vorgesehen, ganze Werke stillgelegt werden, deren Förderquote dann auf ein anderes Werk übertragen wird. Die hohen Gewinne des voll ausgenutzten Werkes ermöglichen dann nicht nur einen weiter gesteigerten Eigenprofit, sondern auch noch die völlige Schadlosaltung der Gewerke des stillgelegten Bergwerks. Daß die Arbeiter der betreffenden Bergwerke, auch wenn sie in dem anderen teilweise wieder Beschäftigung finden, unter solchen Umständen schwer leiden müssen, liegt auf der Hand, doch was kümmert das die kalt rechnenden Syndikatsherren.

Vom Ausland.

Belgien. Der Vorstand des Malerverbandes in Brüssel teilt uns mit, daß ein starker Zugzug von Kollegen stattfindet, die sich der Hoffnung hingeben, wegen der in diesem Jahre stattfindenden Ausstellung reichlich Arbeit zu finden. Diese Kollegen sehen sich bitter enttäuscht. Die Arbeitslosigkeit ist in Brüssel noch eine große, mehr als 300 Kollegen befinden sich außer Arbeit. Das bedauerlichste ist aber, daß durch den Zugzug die von den organisierten Malern im Jahre 1909 errungenen Löhne, die 45, 48 und 50 Cent. pro Stunde betragen, herabgedrückt werden. Die Zugereisten lassen sich mit einem Stundenlohn von 40 Cent. abfinden. Es werden die Kollegen, auch die aus anderen Ländern, in ihrem eigenen Interesse gewarnt, kurzzeit nach Brüssel zu reisen.

Ein wahres Arbeiterparadies muß Belgien sein, wenn eine Motz, die wir in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ lesen, auf Wahrheit beruht. Es heißt da: „Ein belgischer Glasarbeiter hatte kürzlich das Unglück, beim Uebersteigen eines Bahngleises von einem Zuge erfaßt und so schwer verletzt zu werden, daß ihm ein Arm amputiert werden mußte. Er klagte gegen den belgischen Staat als den verantwortlichen Inhaber der Eisenbahn, und das Gericht in Charleroi erkannte auf

eine Schadenersatzsumme von 145 084 Francs, weil der zur Zeit des Unfalls dreißigjährige Arbeiter nachweisbar im Monat durchschnittlich 600 Francs verdient hatte. Gerichtlich wurde festgestellt, daß dieser Durchschnittsverdienst des Glasbläasers gar keine Seltenheit sei, ja, daß sogar viele Arbeiter noch mehr verdienen. Dazu wird allerdings bemerkt, daß der reichliche Verdienst nur sehr selten auf die Sparkasse, um so häufiger aber zum Gastwirt wandert.“

Die in dem letzten Satze enthaltene häßliche Bemerkung wollen wir der „Arbeiterzeitung“ schenken, weil wir hoffen, daß sie auch die Alkoholergüsse der Herren Bourgeois mit dem gleichen Maße messen wird, aber wir möchten wir doch, was dem Wohl der belgischen Glasfabrikanten verdienen, wenn sie Arbeiter haben, die 480 Mark per Monat und mehr verdienen. Die ganze Geschichte, soweit die Zahlen in Frage kommen, klingt etwas märchenhaft, doch würden wir uns freuen, wenn es wahr wäre, daß die belgischen Glasarbeiter — und nicht nur diese! — einen ausländigen Lohn für ihre schwere Arbeit bekämen. Wir sind nämlich der naiven Meinung, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist und daß ein Arbeiter mindestens denselben Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein hat wie ein Skuponabschneider.

Die Pariser Arbeiter und der Gemeinderat.

Die organisierte Arbeiterschaft von Paris ist mit dem Gemeinderat von Paris und mit dem Seine-präfekten in Konflikt geraten. Es handelt sich um die Pariser Arbeiterbörse, die bis jetzt der organisierten Arbeiterschaft bedingungslos zur Verfügung gestanden hat. Die organisierte Arbeiterschaft wird wahrscheinlich aus der Börse hinausgedrängt werden oder zum mindesten die Syndikate, deren Taktik eben nicht gefällt, was ja vom Standpunkt des gedankenlosen Spielers in Ordnung, von unserem Standpunkt aber höchst ungerecht ist.

Bis jetzt hatte die Verwaltungskommission der Börse das Recht, über die Höhe der Gemeinderat-Subvention, die an die einzelnen Syndikate abgegeben wurde, dem Seine-präfekten Vorschläge zu machen, nach vorheriger Enquete und Generalversammlung der Beteiligten. Dieses Vorschlagsrecht soll nun der Verwaltungskommission entzogen werden. Die Enquete soll in Zukunft von Inspektoren der Präfektur gemacht werden, die zu deren Durchführung die Bücher der Syndikate durchstöbern werden.

Damit nicht genug. An die in der Börse hausenden Syndikate wird noch eine andre Zumutung gestellt. Der Gemeinderat hat beschlossen, der Union der Kontrollen der Omnibus-Gesellschaft in der Börse ein Bureau zu überlassen. Das ist die andre Ursache des Konfliktes. Bis jetzt war niemals in die Börse ein Syndikat zugelassen worden, von einer Ausnahme abgesehen, wenn die Verwaltungskommission nach vorheriger Enquete entschieden hatte, daß das aufzunehmende Syndikat nicht unter die Arbeiter gehöre. Auch dieses Recht ist vom Gemeinderat annulliert worden. Der Konflikt wird noch bedeutend verschärft durch den Umstand, daß der Steller dieser Anträge selbst ein Syndikalist (allerdings der Klasse), der Gemeinderat Lajarrie gewesen ist.

Das Gewerkschaftsstatut von Paris und die Verwaltungskommission der Börse protestierten in einem gepfeiften Aufruf gegen diese Provokationen. Charakteristisch ist es auch, daß Lajarrie einer Protestversammlung der Delegierten der Pariser Organisationen nicht behauptete, obwohl er ein Mandat von seiner Organisation (Syndikat der Glasarbeiter) dazu hatte.

Auch die beiden Beschlüsse, auf die wir sofort hinweisen werden, sind natürlich nur geeignet, den Konflikt zu verschärfen. Das Syndikat der Handelsreisenden und Repräsentanten faßte folgenden Beschluß: „In Erwägung der skandalösen Zulassung des Syndikats der Omnibuskontrollen in die Federation der Beamten und der nicht minder skandalösen Handlungen des Syndikats der Beamten der Rue de Valenciennes, Handlungen, die von der Federation nur begünstigt worden waren, beschließt das Syndikat der Repräsentanten, die Angelegenheit vor das Gewerkschaftsstatut des Seinedepartements zu bringen und erklärt, entschlossen zu sein, aus dieser Federation auszutreten, die alle Elemente in sich vereinigt, die der Einigkeit der Arbeiterschaft und der Emanzipation des Proletariats feindlich gegenüberstehen.“ (Den Konflikt, der zwischen den Beamten und dem Syndikat der Repräsentanten schon längere Zeit besteht und der durch die letzten Vorfälle nur akut geworden ist, müssen wir uns zu behandeln versagen.) Das Gewerkschaftsstatut hat bereits den Beschluß des Syndikats der Repräsentanten gutgeheißen.

Der andre Beschluß, auf den wir hingewiesen haben, kommt vom Syndikat der Laternenanzünder von Paris und Umgebung und hat folgenden Wortlaut: „Die organisierten Laternenanzünder von Paris und Umgebung geben ihrer Exekutivkommission den Auftrag, die Inspektoren der Präfektur nicht in die Rechnungsführung des Syndikats einblicken zu lassen. Sie protestieren gleichzeitig gegen die Schritte der 2. Kommission des Gemeinderats und ihres Richterstatters (Lajarrie).“ (Technische Beschlüsse sind diesen beiden bereits gefolgt. Aber auch die Union der Omnibuskontrollen ist nicht untätig geblieben, sie hat versucht, die Argumente der Anklage, daß sie eine Vereinerung einer Art Werksführer sei, daß die Amtstätigkeit ihrer Mitglieder im Verborgenen ihrer Untergebenen — der Wagenführer und Kondukteure — bestände, was die Bekräftigung der letzteren im Gefolge hat, zu widerlegen. Es gelang ihr nicht. Aber auch das andre Argument ist hinfällig, daß der Sekretär der Union der Kontrollen ins Exil geführt, daß in die Arbeiterbörse bereits Syndikate zugelassen worden sind, deren Mitglieder Funktionen bekleiden, die denen von Werksführern gleichkommen; denn niemals hatte eine Arbeiterkommission ihr Zustimmung zur Zulassung solcher Organisationen gegeben. Drei solcher Organisationen waren allerdings vom Seine-präfekten bei der Wiederöffnung der Arbeiterbörse im Jahre 1896 (sie war ein Jahr vorher nach einem andern Konflikt zwischen Arbeitern und Polizei geschlossen worden), jedoch ohne die Zustimmung der damaligen Verwaltungskommission aufgenommen worden.)

Wenn nun die Beharrlichkeit der Pariser Syndikate in der Verweigerung, die Behörden in ihr Gebaren einblicken zu lassen, einerseits in dem Bestreben liegt, ihre numerische Schwäche zu verbergen, die in starkem Kontrast zu den revolutionären Neben ihrer Führer steht, so müssen wir den Pariser Syndikaten andererseits doch recht geben, wenn sie sich behördliche Eingriffe widrig sein lassen und lieber auf die Gasse verzichten, unent-

getilich ein öffentliches Gebäude zur Verfügung zu haben. Denn es ist doch etwas anderes, ob ich freiwillig behördliche Fragebogen beantworte — was hier übrigens auch nur in den seltensten Fällen geschieht und da die französischen Syndikate nicht einmal zum eigenen Gebrauche statistische Aufzeichnungen pflegen, ist niemand imstande, in Frankreich genau, ja nicht einmal annähernd richtig über die Stärke der französischen Gewerkschaften Auskunft geben zu können — oder ob ich eine Kontrolle aufdrängen lasse. Wir billigen also den Widerstand der Pariser Syndikate. Er wird mit den Gedanken der Notwendigkeit eines eigenen Gewerkschaftshauses fördern. Aber auch der Widerstand gegen die Zulassung der Union der Kontrolleure ist nach unserer Meinung berechtigt. Dies bestätigen die Klagen des Syndikats der Transportarbeiter gegen die Kontrolleure.

Wie wird der Konflikt nun enden? Wird der Gemeinderat mit seinen überlegenen Machtmitteln siegen und die Arbeiterchaft aus der Börse hinausdrängen oder werden die Syndikate mit ihrem Widerstand und eventuell durch die Anwendung der direkten Aktion siegen? Das ist noch nicht abzusehen, zumal da die gesamte französische Arbeiterchaft gegenwärtig in Anspruch genommen ist von dem Kampf um die Erlangung einiger Verbesserungen des seit 20 Jahren von der Kammer in den Senat und vom Senat in die Kammer gedeutenden Gesetzesentwurfes einer Altersversicherung. J. Babion.

Die Butterick Publishing Company führt bekanntlich einen hartnäckigen Kampf mit der Union der New-Yorker Buchdrucker; sie steht an der Spitze eines Teiles der nordamerikanischen Druckereunternehmer, die die Anerkennung der Gewerkschaften ablehnen und dieselben mit allen Mitteln bekämpfen. Die Firma vertreibt ihre Erzeugnisse in der ganzen Welt. Das Hauptgeschäft wird durch Verkauf von Kleider-Schnittmustern gemacht. Um für ihre Schnittmuster Bekanntheit zu machen, gibt die Firma in Deutschland mehrere Zeitschriften heraus. Es sind dies: „Moden-Revue“, „Buttericks Moden-Album“ und „Buttericks Moden der Hauptstädte“. Die Buttericks Publishing Company versucht jetzt eine Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebes dadurch herbeizuführen, daß sie mit Warenhäusern und großen Spezialgeschäften Verträge abschließt, wodurch dieselben den Vertrieb von Buttericks Schnittmustern übernehmen. So hat z. B. die Firma Steigerwald & Kaiser in Frankfurt a. M., Holzgraben 4, im Dezember v. J. den Verkauf von Buttericks Schnittmustern übernommen. Die Bekanntheit wird durch „Buttericks Modenblatt“, Monatsausgabe der Firma Steigerwald & Kaiser, Frankfurt a. M., betrieben. Der verhältnismäßig geringe Preis, für den das Modenblatt abgegeben wird, läßt erkennen, daß es sich um eine billige Volksausgabe handelt, die besonders unter den der Arbeiterklasse angehörigen Frauen und Mädchen verbreitet werden soll. Die Firma Steigerwald & Kaiser hat außer in Frankfurt a. M. auch in Leipzig, Magdeburg, Dresden und Chemnitz eigene Geschäftshäuser. Es ist anzunehmen, daß die Firma überall in gleicher Weise wie in Frankfurt a. M. das Buttericksche Modenblatt und die Schnittmuster vertreibt. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen werden von neuem daran erinnert, daß alle Fabrikate der Butterick Publishing Company von Streikbrechern hergestellt werden.

Der Kampf, den die amerikanischen Buchdrucker im

die Anerkennung des Organisationsrechts führen, wird mit einem Siege der Arbeiter enden, wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands Solidarität übt und die amerikanischen Massenorganisationen in ihrem schwierigen Kampfe nach besten Kräften unterstützt. Besonders die Arbeiterfrauen und Mädchen mögen deshalb nach wie vor den Butterick-Fabrikaten die nötige Beachtung schenken.

Literarisches.

Kostenfreien, brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft, durch geprüfte Lehrer, die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Steinographen-Bundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto richtet man an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. — Diese Lehrschriften, welche seeben einen neuen Jahrgang beginnen, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Lektür nebenan gestellte genaue Uebersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größern Erzählung mannigfaltigen Les- und Lehrstoff, Gespräche, kaufmännische Briefe, Uebersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Brief-, Postkarten- und Zeitungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Zeitschriften aufs Wärmste empfohlen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz.)

Sterbetafel.

Dresden. Am 7. Februar verstarb unser Mitglied, der Lackierer Heinrich Kossberg im Alter von 52 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Ergebnis der Delegiertenwahl zur außerordentlichen Generalversammlung.
In den Stichwahlen sind folgende Kollegen gewählt worden:
Wahlabteilung 1: Klotz, Mau, Mich, Stein, Genz-Berlin.
" 3: Franz, Meinig-Frankfurt.
" 4: Anders, Lehmann-Dresden.
" 5: Klegt Protest vor.
" 6: Heberer-München.
" 10: Weise-Chemnitz.
" 14: Mühl-Stiel.
" 23: Lügges-Gen.
" 28: Werner-Brannschweig.
" 34: Gurland-Forst.
" 35: Langer-Hirschberg.
" 38: Feld-Saarbrücken.
" 44: Hilgendorf-Dortmund.

Wahlabteilung 54: Brenke-Weimar.
" 57: Schilling-Heilbronn.
" 60: Stiebling-Weyreuth.

Der Vorstand.

Material wurde versandt:

D. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken.
D. = Duplikatmarken. W. M. M. = Vereins-Anzeiger-Marken. M. M. = Marken-Wappen. F. = Futterale. Br. = Broschüren. K. = Kalender. Pr. = Protokolle.
Dachum 50 G.; Bremen 10 000 B. a 60 S., 100 G.; Crimmitschau 1 Br. a 1 A.; Essen 10 D.; Finsterwalde 400 B. a 20 S.; Gießen 50 G.; Götting 30 G.; Heilbronn 400 B. a 25 S.; Kattowitz 1200 B. a 60 S., 800 B. a 25 S.; Kiel 6000 B. a 25 S.; Luckenwalde 400 B. a 50 S., 400 B. a 20 S.; Nürnberg 6000 B. a 20 S.; Osnabrück 30 F.; Quedlinburg 800 B. a 60 S.; Reichenbach 400 B. a 25 S.; Thorn 400 B. a 55 S., 400 B. a 20 S.; Wiesbaden 1 Br. a 1 A.; Wilhelmshaven 800 B. a 60 S.

S. Wentker, Kasseler.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands
(Eingetragene Stiftung Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 6. bis 12. Februar 1910.
Ueberschuß wurde eingezahlt von der örtlichen Verwaltung in Steglitz von Linat 400 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesetzt an Kleins-Magdeburg 150 M., Teipel-Stettin 100 M., Steffen-Blankenburg a. Harz 60 M., Delle-Suttgart 250 M., Arthelm-Halberstadt 150 M., Reih-Münberg 300 M.

Krankengelder erhielten Buchn. 28045 H. Wafosed in Breslau 13.50 M., Buchn. 28786 F. Glöckner in Modderwiefe 18.— M., Buchn. 24803 G. Witz in Zittau 15.75 M., Buchn. 2592 M. Fiebig in Naun 18.— M., Buchn. 5523 H. Grabow in Cassel 27.— M., Buchn. 26362 E. Fischer in Neuwedel 11.25 M., Buchn. 5474 F. S. Stoppel in Crumbach bei Cassel 13.50 M., Buchn. 20198 D. Siebt in Woltersdorf bei Erfurt 18.— M., Buchn. 5500 W. Wolbe in Cassel 13.50 M., Buchn. 24308 F. Ahrend in Altenritte bei Cassel 15.75 M., Buchn. 24846 B. Mademacher in Breslau 15.75 M., Buchn. 24806 Th. Mühlfried in Breslau 13.50 M., Buchn. 19741 W. Möbius in Wallerstein 13.50 M., Buchn. 35680 H. Hämmernd in Lutter (Eichsfeld) 13.50 M., Buchn. 32012 J. Wollertum in Joppot 15.75 M., Buchn. 34059 B. Hanisch in Posen 13.50 M., Buchn. 28631 F. Noll in Tann (Rhöngeb.) 13.50 M., Buchn. 11035 W. Gräff in Schlagbrügge (Lauenburg) 13.50 M., Buchn. 31433 H. Brinmann in Altenritte bei Cassel 6.75 M., Buchn. 15934 D. Brink in Neustadtgödens 13.50 M., Buchn. 30557 D. Gerhard in Traben-Trarbach 13.50 M., Buchn. 24370 F. Runghausen in Uschlag 6.75 M., Buchn. 36603 M. Seewald in Lissa (Posen) 13.50 M., Buchn. 340 J. Grebe in Buchenau 13.50 M., Buchn. 34045 S. Reichenstein in Posen 15.75 M., Buchn. 14054 H. Hietzkau in Graubenz 13.50 M., Buchn. 31940 A. Ziegler in Nossen 13.50 M., Buchn. 34093 St. Schmiesewski in Posen 13.50 M., Buchn. 37223 D. Meckert in Witten 54 M., Buchn. 24864 H. Langer in Breslau 13.50 M., Buchn. 28010 G. Witt in Breslau 13.50 M.

Sterbegeld wurde gezahlt für S. Nabe in Cassel, Buchn. 24376, 110 M.
J. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Filiale Kolberg.

Unser Verkehrs- und Versammlungs-Lokal befindet sich Restaurant „Kaiser-Garten“, Treptowerstr. 3. [M 1.—]

Filiale Siegen.

Der Kollege Max Luntsoch wird dringend gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten zu übermitteln. Sollte der Kollege irgendwo auftauchen, so bitte um Nachricht. [M 1.40]
Ernst Schwarz, Siegen, Hundgasse 26.

Max Martin

Malergehilfe, geb. in Chemnitz in Sachsen, wird ersucht, seinem Cousin Hugo Thierig in Arosa (Schweiz) seinen jetzigen Aufenthalt wissen zu lassen.

Jahresstellung.

Mittleres Geschäft in Stadt von (30000 Einwohner) sucht tüchtigen, durchaus selbständigen Erstgehilfen bei gutem Lohn. Spätere Geschäftsübernahme nicht ausgeschlossen. Offert. unt. R. durch d. Expd. d. Bl.

Lackierer,

der selbständig arbeitet, für dauernde Stellung, Sommer- und Winterarbeit, für Strassenbahn-Werkstatt in Mecklenburg gesucht. Offert. mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter C. B. 81 an Rudolf Mosse, Rostock 1. M.

Flottgehendes Malergeschäft.

Schönes Wohnhaus mit großer, heller Werkstatt und Garten ist in einer größeren Stadt Holsteins (34000 Einw.) dablegt, ev. zum Frühjahr, unter sehr günstigen Bedingungen und wenig Anzahlung zu verkaufen. Offerten unter M. 100 an die Exped. dieses Blattes.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—

Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.
Ph. Brühl, Oeseen i. Westf.

Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse 1909.

Broschiert Mark 2.—, gebunden Mark 2.50 (für Mitglieder nur Mark 1.— bzw. Mark 1.50).
Ferner:
Protokolle und Entscheidungen in bezug auf den Normaltarif im Malergewerbe.
Preis Mark 1.—

Die Bestellungen können bei den Filialen oder direkt beim Vorstand eingereicht werden.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.
Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin

versendet gratis und franko Mahler & Co., Bamberg II.

Billig und praktisch ist unstreitig das Werk zum Selbstunterricht:

„Neue Holz- und Marmormalereien“

Serie I: Neue Holzmalereien Mk. 18.— || Beide Werke
Serie II: Neue Marmormalereien 15.— || Mk. 32.—
Porenrollen per Paar (1 und 2 1/2 Zoll breit) Mk. 6.—, einzelne (3 Zoll breit) Mk. 4.50.
Sämtliche Pinsel für die Holz- und Marmormalerei.

Schule für Holz- und Marmormalerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5
Lindenstrasse 19. Man verlange Prospekte!

Berlin.

Abendunterricht in Holz- und Marmormalerei, dekorativer Lackbehandlung, ornamental-lasurtechnischer Tischmalerei und Imitationen.
— Monats honorar 10 Mark. —
Atelier: Rotbuser Ufer 38, IV., Fritz Brüder.
Anmeldungen abends 7—8 Uhr oder schriftlich.

Jeder Fachmann kauft seine Arbeitskleidung direkt im Spezialgeschäft von
Ad. Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3,
überzeugen Sie sich durch Probe-Auftrag.
Nur Ia Stoffe u. Verarbeitung. Preisliste frei.

— Ich übernahm die Bestände von: —
C. Behrens'

ABC des Dekorationsmalers

und liefert das Werk, solange der Vorrat reicht, statt Mk. 20.—

für nur Mk. 5.— portofrei

(auch gegen Monatsraten à Mk. 2.50.)
Behrens' ABC umfasst 16 Seiten Farbtext mit 25 Abbildungen und 20 Vorlage-tafeln, davon 12 in herrlichem Farbdruck.

Hans Schoof, Buchhandl. für Kunstgewerbe, Freiburg i. Br., Rotteckpl. 5.

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat.
110 120 130 140 cm lang
jeht 2.90 3.10 3.25 3.40 M.
Kofen aus Nesselftoff 2.— M. Mützen 40 S., Drell-Kofen und Sacken à 3.— M., Extra-Größen 3.30 M. 11. Qualität 25 S. billiger.
Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin,
Brückenstraße 18, I.

Maler-Mäntel und -Hosen

fertigt aus ausprobierten Qualitäten mit Umlege- und Stehtragen, schrägen und gleichen Taschen
Die Berufsleidung Spezialfabrik von Emil Hohfeldt, Dresden-N., Mitterstr. 2-4.
NB. Der Verkauf geschieht portofrei nach allen Orten. Verlangen Sie Preisliste frei Haus.

Lager in prima Pinseln,

Maßondbürsten, Leitern, Farbfässer, Läden, Farben, Schablonen und Baupenspeler. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware bei billigster Berechnung.

P. Steel, Nürnberg, Obere Würthstr. 18.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 6 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich W. Mart, Hamburg, Schmalenbekerstraße 17.
Verlag von S. Wentker, Hamburg 22.
Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.